



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahresmitte 2019

Jahrgang 70 (2019) Heft 3

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2019

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2019

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahresmitte 2019**

Jahrgang 70 (2019)

Heft 3





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Abschwung der Weltwirtschaft hält an

Boris Blagov, Daniela Grozea-Helmenstein, Philipp Jäger, Martin Micheli,
Svetlana Rujin und Klaus Weyerstraß 5

Kurzfassung 5

Summary 7

1. Überblick 9

2. Weitere Abschwächung der Konjunktur im Euroraum 18

Literatur 23

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Deutsche Wirtschaft im Abschwung

Torsten Schmidt, György Barabas, Angela Fuest, Philipp Jäger,
Robin Jessen, Martin Micheli und Svetlana Rujin 25

Kurzfassung 25

Summary 27

**1. Produktionsrückgang in der Industrie belastet zunehmend die
Gesamtwirtschaft...** 29

2. Konjunkturelle Schwäche wird nur langsam überwunden 33

Literatur 45

Anhang 46

Inhalt

Boris Blagov, Daniela Grozea-Helmenstein, Philipp Jäger, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Klaus Weyerstraß

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Abschwung der Weltwirtschaft hält an¹

Kurzfassung

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin im Abschwung. In den großen Volkswirtschaften USA, Japan, Euro-Raum und Großbritannien hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im zweiten Quartal abgeschwächt. Aber auch in den Schwellenländern ist eine geringere konjunkturelle Dynamik zu beobachten.

Dabei entwickelt sich die Konjunktur sektoral differenziert. Während die Dienstleistungsbereiche noch recht robust expandieren, ist die konjunkturelle Schwäche insbesondere auf das Verarbeitende Gewerbe zurückzuführen. Zu dieser Schwäche dürfte die Wirtschaftspolitik maßgeblich beigetragen haben.

So hat sich etwa der Handelskonflikt zwischen den USA und China entgegen zwischenzeitlicher Anzeichen einer Entspannung weiter verschärft. Die USA haben in mehreren Schritten Zölle auf Güter aus China erhöht bzw. deren Anhebung beschlossen. Hierauf hat China durch Zollerhöhungen auf immer mehr amerikanische Produkte reagiert. Der Fortgang der weltweit schwelenden Handelskonflikte dürfte die weltweite Konjunktur im Prognosezeitraum maßgeblich beeinflussen. Aber auch die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien nach einem aktuell wahrscheinlichen Austritt Großbritanniens aus der EU sind Quell erhöhter Unsicherheit.

Die zum Teil erratische Wirtschaftspolitik und die damit verbundene Planungsunsicherheit für Unternehmen dürfte zu der schwachen Investitionstätigkeit – einhergehend mit der Schwäche des Welthandels und des Verarbeitenden Gewerbes – beigetragen haben.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass sich dieses konjunkturelle Bild bis in das kommende Jahr zieht. Aufgrund der sich eingetrübten konjunkturellen Perspektive dürfte die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Geldpolitik, versuchen, konjunkturelle Impulse zu setzen. So hat die Fed ihre Leitzinsen im Juli bereits gesenkt.

¹ Abgeschlossen am 10.9.2019. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Wir danken Angela Fuest, Christoph M. Schmidt und Torsten Schmidt für Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Die weltwirtschaftliche Expansion dürfte sich im kommenden Jahr dennoch weiter abschwächen. Nach einem Zuwachs um 2,8% in diesem Jahr erwarten wir ein etwas geringeres Wachstum von 2,6% im kommenden Jahr. Im Jahr 2021 dürfte die weltweite Produktion wieder um 2,8% zunehmen. Der Inflationsdruck dürfte aufgrund der geringen konjunkturellen Dynamik moderat bleiben.

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2019 bis 2021; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
Bruttoinlandsprodukt¹			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,8	1,4	1,8
Euro-Raum	1,2	1,2	1,5
USA	2,3	1,8	2,2
Schwellenländer	4,5	4,8	4,7
China	6,2	6,0	5,7
Insgesamt ²	2,8	2,6	2,8
Nachrichtlich			
Insgesamt in Kaufkraftparitäten	3,3	3,3	3,4
Verbraucherpreise			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,7	1,7	1,6
Euro-Raum	1,3	1,3	1,4
USA	2,0	1,9	1,9
Schwellenländer	4,0	3,5	3,2
China	2,5	2,8	2,8
Insgesamt ²	2,5	2,3	2,2
Welthandel³	-1,0	1,1	3,6
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁴	63,0	59,8	61,0
Dollarkurs (\$/€)⁴	1,12	1,11	1,11

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD, des IMF, von Eurostat, des CPB und nationalen Statistikämtern. - ^PPrognose. - ¹Real. - ²Gewichteter Durchschnitt der für diesen Bericht prognostizierten Länder. - ³Bis 2018: Angaben des CPB. - ⁴Jahresdurchschnitte.

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

Summary

The downturn of the global economy has continued. Economic growth has been subdued in the second quarter in the USA, Japan, the Euro Area, and Great Britain. Furthermore, emerging markets are experiencing a decreasing growth momentum.

The economic dynamics, however, differ across sectors. While services sectors are still expanding quite robustly, the weakness of economic growth can be attributed to the manufacturing industry. Economic policy is likely to have contributed to this slowdown.

International Forecast

2019 to 2021; changes over the previous year, %

	2019 ^f	2020 ^f	2021 ^f
Gross Domestic Product¹			
Advanced Economies	1.8	1.4	1.8
Euro Area	1.2	1.2	1.5
USA	2.3	1.8	2.2
Developing Countries	4.5	4.8	4.7
China	6.2	6.0	5.7
Total ²	2.8	2.6	2.8
memo			
Total in Purchasing Power Parities ²	3.3	3.3	3.4
Consumer Prices			
Advanced Economies	1.7	1.7	1.6
Euro Area	1.3	1.3	1.4
USA	2.0	1.9	1.9
Developing Countries	4.0	3.5	3.2
China	2.5	2.8	2.8
Total ²	2.5	2.3	2.2
World trade³	-1.0	1.1	3.6
Oil price (Brent, \$/b)⁴	63.0	59.8	61.0
Dollar exchange rate (\$/€)⁴	1.1	1.1	1.1

RWI calculations based on OECD, IMF, Eurostat, CPB and national data. - ^fForecast. - ¹In constant prices. - ²Weighted average of the countries forecasted in this report. - ³Until 2019: CPB data. - ⁴Annual averages.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

The trade conflict between the USA and China has intensified in recent months, despite temporary signs of a de-escalation. The US has either already increased customs duties on many goods from China or pledged to do so in the future. China has answered by imposing own customs duties on various American products. The escalation of the trade conflicts worldwide is likely to have a significant impact on the global economy over the course of the forecast period. Moreover, future relations between the EU and Great Britain, given Britain's prospective withdrawal from the EU, are a significant source of uncertainty. Thus, economic policy increases uncertainty for businesses which has likely contributed to the current weakness in investment activity - accompanied by the slowdown in world trade and the manufacturing industry.

For the forecast horizon, we expect current economic dynamics to remain broadly unchanged. In view of the bleak economic outlook, economic policy, particularly monetary policy, should attempt to stimulate the economy. The Fed has already lowered its key interest rate in July. However, the global economic expansion is likely to further weaken in coming year. We expect the global economy to grow by 2.8 percent this year and by 2.6 percent in 2020. In 2021 global production is expected to increase by 2.8 percent. The inflationary pressure is likely to remain moderate due to the weak economic expansion.

1. Überblick

1.1. Aktuelle Lage

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin im Abschwung. In den großen Volkswirtschaften USA und Japan sowie im Euro-Raum hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im zweiten Quartal abgeschwächt. In Großbritannien war die Produktion erstmals seit 2012 wieder rückläufig. Zum Teil ist dies jedoch auf eine Gegenbewegung zu der kräftigen Ausweitung im ersten Quartal zurückzuführen. Im Vorfeld des zunächst für den 31. März vorgesehenen EU-Austritt kam es in Großbritannien zu einem starken Lageraufbau.

Zudem hat sich der Handelskonflikt zwischen den USA und China entgegen zwischenzeitlicher Anzeichen einer Entspannung weiter verschärft. Zum 1. September 2019 haben die USA neue Zölle in Höhe von 15% auf Importe aus China im Wert von rund 112 Milliarden US-Dollar in Kraft gesetzt. Weitere Zollerhebungen werden im Oktober und im Dezember wirksam. Zum 1. Oktober sollen ausgewählte Zölle von 25 auf 30% angehoben werden. Zum 15. Dezember sollen erneut Abgaben von 15% auf Konsumgüter aus China in Kraft treten. Diesmal sollen Importe im Wert von rund 160 Milliarden US-Dollar betroffen sein.

Als Reaktion setzte China zum 1. September neue Sonderabgaben in Höhe von 5 bzw. 10% auf ausgewählte Importe aus den USA in Kraft. Eine weitere Tranche soll ebenfalls am 15. Dezember folgen. Daten des US-Handelsministeriums zufolge ist der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern seit September 2018, als die zweite Stufe von Zollerhöhungen in Kraft trat, um 15% gesunken (UN 2019).

Von diesen Maßnahmen sind nicht nur Auswirkungen auf die Produktion in den USA und China zu erwarten. Vielmehr werden alle Länder in der weltweiten Wertschöpfungskette davon erfasst. Aus diesem Grund ist von der weltweiten konjunkturellen Abschwächung vor allem das Verarbeitende Gewerbe betroffen (Schaubild 1). Die Dienstleistungsbereiche entwickeln sich dagegen nach wie vor robust. Nachfrageseitig verringerten sich die Investitionen, etwa in Japan und den USA. Hier dürfte der Handelskonflikt maßgeblich zur Verunsicherung im Unternehmenssektor und dem daraus resultierenden Investitionsattentismus beigetragen haben. Aber auch die Unsicherheit in Zusammenhang mit dem Brexit belastet die weltweite Investitionstätigkeit.

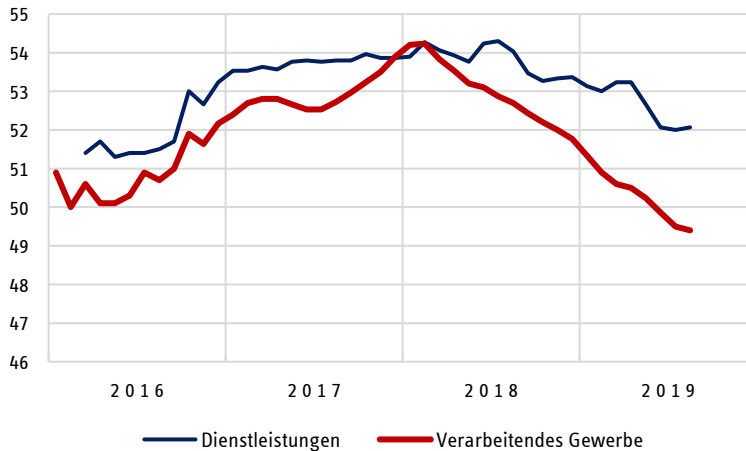
Als Reaktion auf die realwirtschaftliche Abschwächung und dem damit einhergehenden geringeren Inflationsdruck haben einige Zentralbanken die Leitzinsen gesenkt. So hat die Fed die Spanne für den Zielsatz für Tagesgeld mit Wirkung zum 1. August um 25 Basispunkte auf 2,00 bis 2,25% reduziert. Dies war die erste Zins-

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Schaubild 1

Einkaufsmanagerindizes weltweit

März 2016 bis August 2019

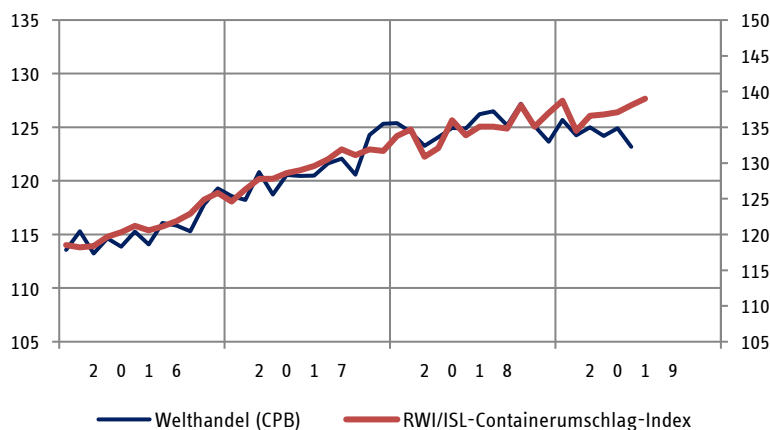


Quelle: Macrobond.

senkung seit dem Jahr 2008. Auch in China sowie in einigen anderen großen Schwellenländern hat die Geldpolitik auf die konjunkturelle Abkühlung mit Zinssenkungen reagiert. Mit der Zinssenkung in den USA haben sich zudem die Kapitalströme in die Schwellenländer erholt, die durch die Erhöhungen des vergangenen Jahres unter Druck geraten waren (UN, 2019).

Der Welthandel entwickelte sich im bisherigen Jahresverlauf schwach (Schaubild 2). Im Durchschnitt des ersten Halbjahres war das Welthandelsvolumen um rund 1% niedriger als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Gleichwohl signalisiert der RWI/ISL-Containerumschlag-Index für den weiteren Jahresverlauf eine Erholung des Welthandels.

Schaubild 2
Welthandelsindikatoren
Januar 2016 bis Juli 2019



Quelle: CPB und RWI.

1.2. Ausblick

Für den Prognosezeitraum erwarten wir zunächst eine breit angelegte weitere Abschwächung des weltweiten Expansionstempos (Tabelle 2), vor allem wegen der hohen Unsicherheit bezüglich wichtiger (wirtschafts-)politischer Entscheidungen. Hier ist insbesondere der im Prognosezeitraum wahrscheinliche Austritt Großbritanniens aus der EU zu nennen. Wir gehen allerdings davon aus, dass ein Austritt Großbritanniens ohne Ausstiegsvertrag (und die Anwendung der WTO-Regeln für Drittstaaten auf Handelsströme zwischen Großbritannien und der EU) abgewendet wird.

Die zum Teil erratische Wirtschaftspolitik und die damit verbundene Planungsunsicherheit für Unternehmen dürfte insbesondere die Investitionstätigkeit deutlich belasten. Damit einhergehend erwarten wir, dass die aktuelle Schwäche des Verarbeitenden Gewerbes im Prognosezeitraum andauern wird.

In den **USA** dürfte sich die Konjunktur in den kommenden Monaten abkühlen. So sank der von Markt ausgewiesene *Purchasing Manager Index* (PMI) auf den tiefsten Stand seit 2016 und befindet sich nur noch knapp oberhalb der Wachstumsschwelle

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern

2019 bis 2021; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹		
	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
EU-28	1,3	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5
Euro-Raum ²	1,2	1,2	1,5	1,3	1,3	1,4
Großbritannien	0,9	0,6	1,3	2,1	2,2	2,0
USA	2,3	1,8	2,2	2,0	1,9	1,9
China	6,2	6,0	5,7	2,5	2,8	2,8
Japan	1,2	0,6	0,8	0,8	1,3	0,8
Ostasien ³	3,2	3,3	3,3	1,5	2,0	2,1
Indien	6,0	6,5	6,5	3,1	4,2	4,0
Lateinamerika ³	0,3	1,7	2,0	11,6	6,9	5,5
Insgesamt	2,8	2,6	2,8	2,5	2,3	2,2
Fortgeschrittene Vw.	1,8	1,4	1,8	1,7	1,7	1,6
Schwellenländer	4,5	4,8	4,7	4,0	3,5	3,2

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat, des IMF, und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2017. - ^PPrognose. - ¹Standardisiert. - ²Für Details siehe Tabelle 5. - ³Für Details siehe Tabelle 7.

von 50. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, welches aufgrund der internationalen Handelsverflechtungen besonders stark von Zollerhöhungen betroffen gewesen sein dürfte, hat sich die Stimmung eingetrübt.

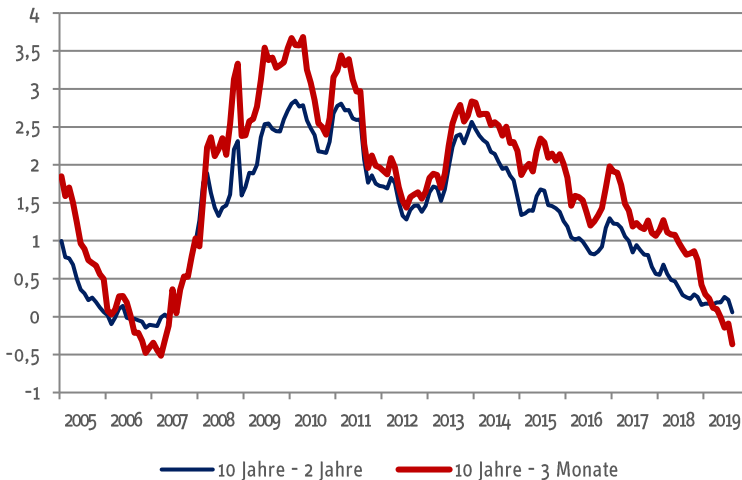
Zuletzt mehrten sich gar die Anzeichen für eine bevorstehende Rezession. Warnsignale kommen insbesondere von den Kapitalmärkten. So reduzierten sich zum einen die aus Notierungen von Staatsanleihen abgeleiteten Inflationserwartungen in den vergangenen Monaten massiv. Für die kommenden fünf Jahre wurde zuletzt eine durchschnittliche Inflation von lediglich 1,3% erwartet, für die kommenden zehn Jahre lässt sich eine Rate von nur 1,5% ableiten.

Zum anderen hat sich die Zinsstrukturkurve in den vergangenen Monaten invertiert (Schaubild 3). Typischerweise liegt die Verzinsung der langfristigen Geldanlage oberhalb der kurzfristigen Geldanlage, etwa aufgrund von Liquiditäts- und Risikoprämien. Dies hat sich aktuell jedoch umgekehrt. Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit rentieren bereits seit Ende Mai 2019 weniger als Anleihen mit dreimonatiger Restlaufzeit. Ende August wurde auch der Zinsabstand von Anleihen mit zehn- und zweijähriger Restlaufzeit negativ.

Schaubild 3

Renditedifferenz von US-Staatsanleihen mit unterschiedlichen Restlaufzeiten

Januar 2007 bis August 2019, Monatsdurchschnitt in %-Punkten



Quelle: Macrobond. Eigene Berechnung.

Eine mögliche Erklärung für eine Invertierung der Zinsstrukturkurve ist, dass sinkende Zinsen aufgrund einer abkühlenden Konjunktur antizipiert werden. In der Vergangenheit hat sich die Zinsdifferenz aus lang- und kurzfristigen Anleihen als vergleichsweise verlässlicher Indikator für Rezessionen herausgestellt. So liegt die Wahrscheinlichkeit einer Rezession in den USA bis Juli 2020 nach dem Ansatz von Estrella und Turin (2006) bei mittlerweile 31%.²

Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine sich abschwächende konjunkturelle Dynamik. Das über die Branchen differierende Muster dürfte dabei fortbestehen: das Verarbeitende Gewerbe bleibt schwach, die Dienstleistungen entwickeln sich hingegen vergleichsweise robust. Die Fed wird aller Voraussicht nach mit Leitzinssenkungen auf die konjunkturelle Schwächephase reagieren; wir erwarten eine erste Leitzinssenkung für September 2019. Eine Rezession sollte bei konjunkturellen Impulsen

² Dieser Ansatz stellt einen Zusammenhang zwischen der Wahrscheinlichkeit einer Rezession und der Differenz aus Lang- und Kurzfristzinsen her. Für eine detaillierte Beschreibung des Verfahrens, siehe Estrella und Turin (2006).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

durch die Wirtschaftspolitik jedoch verhindert werden können. Das BIP dürfte im kommenden Jahr um 1,8% zunehmen, nach 2,3% in diesem Jahr. Für 2021 erwarten wir einen Anstieg um 2,2%.

In **Japan** hat sich die konjunkturelle Dynamik in den vergangenen Monaten hingegen leicht aufgehellt. Hierauf deutet der PMI hin, welcher im August leicht auf 52 Indexpunkte gestiegen ist. Maßgeblich hierfür war eine verbesserte Stimmung in den Dienstleistungsbereichen. Der PMI für das Verarbeitende Gewerbe liegt hingegen weiter unterhalb der Wachstumsschwelle. Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine sich eintrübende Konjunktur. Die zuletzt verbesserte Einschätzung der Einkaufsmanager dürfte zum Teil in Vorzieheffekten aufgrund der angekündigten Verbrauchssteuererhöhung im Oktober 2019 begründet sein.

Dabei wird sich das Muster eines schwachen Verarbeitenden Gewerbes und robuster Dienstleistungen verfestigen. So dürften Investitionen in Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in Tokio im kommenden Jahr zunehmend wegfallen, was das Verarbeitende Gewerbe belasten dürfte. Für Dienstleistungen dürften die Spiele im kommenden Jahr hingegen einen Impuls geben. Der Preisauftrieb wird aufgrund der Anhebung der Verbrauchssteuer um 2%-Punkte temporär anziehen, jedoch weiterhin deutlich hinter dem Inflationsziel der Notenbank von 2% zurückbleiben.

In **Großbritannien** ist die gesamtwirtschaftliche Aktivität im zweiten Quartal 2019 um 0,2% zurückgegangen. Dabei gingen lediglich von den Dienstleistungen positive Impulse aus. Trotz des leichten Anstiegs der Arbeitslosenquote auf zuletzt 3,9% bleibt die Arbeitsmarktlage ausgesprochen günstig. Die Beschäftigungsquote ist mit rund 76% auf einem historisch hohen Niveau. Der PMI hat zuletzt allerdings die Wachstumsschwelle von 50 Indexpunkten unterschritten, was kurzfristig auf einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hindeutet. Zudem sind die Unsicherheitsindikatoren jüngst sprunghaft gestiegen. Wir erwarten, dass es nicht zu einem Austritt Großbritanniens aus der EU ohne Ausstiegsvertrag kommen wird.³ Vor diesem Hintergrund dürfte das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo im Prognosezeitraum mäßig bleiben, der Preisauftrieb bei etwa 2% verharren.

Auch in den Schwellenländern hat sich die konjunkturelle Dynamik auf breiter Front abgeschwächt. Im Prognosezeitraum dürfte sich das Expansionstempo auf dem zuletzt beobachteten Niveau stabilisieren. In **China** wirkt sich der Handelskonflikt insbesondere auf die Exporte negativ aus. Die gesamtwirtschaftliche Expansion bleibt

³ Bank of England (2018) analysiert mögliche Auswirkungen eines Austritts Großbritanniens aus der EU ohne Ausstiegsvertrag. Carney (2019) aktualisiert diese Analyse.

aktuell mit jahresdurchschnittlich über 6% jedoch weiterhin kräftig.⁴ Stützend wirken steigende Staatsausgaben sowie ein robuster privater Konsum, welcher von der Mehrwertsteuersenkung im April profitiert haben dürfte.

Die Transformation zu einer stärker binnenwirtschaftlichen, von den Dienstleistungen getragenen, Volkswirtschaft dürfte sich auch im Prognosezeitraum fortsetzen. So weisen die PMI auf eine weitere Abschwächung im Verarbeitenden Gewerbe hin, für die Dienstleistungen liegt dieser Indikator hingegen weiter oberhalb der Wachstumsschwelle (Schaubild 4). Im Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Dynamik etwas an Schwung verlieren (Tabelle 3).

In **Indien** hat die Expansion recht deutlich an Tempo verloren. Im Vorjahresvergleich legte das BIP im zweiten Quartal um nur 5,0% zu; dies ist der geringste Wert seit sechs Jahren. Diese Verlangsamung ist zum einen auf recht schwache Exporte und Investitionen zurückzuführen, zum anderen legte auch der private Konsum nur noch mäßig zu. Stützend wirkte vor allem der Staatskonsum. Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine – für indische Verhältnisse – weiter nur relativ moderate gesamtwirtschaftliche Expansion.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im weiteren **südostasiatischen** Raum. So verlor die Expansion in Indonesien und Thailand graduell an Dynamik. In Südkorea hat die Wirtschaft im zweiten Quartal, nach einem Rückgang im ersten, zwar wieder kräftig expandiert. Allerdings spiegelt dies in erster Linie einen steigenden Staatskonsum wider. Insbesondere der private Konsum stieg weiterhin nur moderat.

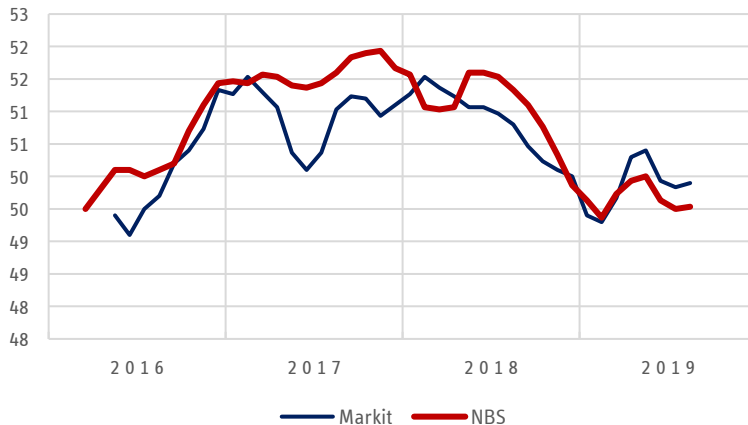
In **Lateinamerika** verläuft die wirtschaftliche Erholung weiterhin schleppend. Im ersten Quartal ging das Bruttoinlandsprodukt in Argentinien, Brasilien und Mexiko zurück. Zumindest in Brasilien hat die Wirtschaft im zweiten Quartal wieder etwas Fahrt aufgenommen. Dagegen bleibt in Argentinien die wirtschaftliche Lage angespannt. In Antizipation einer möglichen Wahlniederlage der amtierenden wirtschaftspolitisch liberalen Regierung im Oktober ist der argentinische Peso auf ein neues Rekordtief gegenüber dem US-Dollar gefallen, was die Rückzahlung von Dollarkrediten erschwert. Somit steht Argentinien möglicherweise vor einem erneuten Staatsbankrott (zuletzt 2001).

4 Allerdings bestehen weiterhin erhebliche Zweifel an der Genauigkeit der offiziellen Statistiken, so deutet eine aktuelle Studie darauf hin, dass die Wachstumsraten seit 2010 um rund 2 %-Punkte pro Jahr überschätzt wurde (Chen et al. 2019).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Schaubild 4

Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe in China
März 2016 bis August 2019, gleitende Drei-Monats-Durchschnitte



Quelle: Markit und Nation Bureau of Statistics China (NBS).

Trotz eines geringeren Expansionsstempos im ersten Halbjahr ist die realwirtschaftliche Entwicklung in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** robust. Maßgeblich ist eine starke Binnennachfrage. Der Konsum und die Investitionen expandierten in der ersten Jahreshälfte deutlich. Bei kräftigen Lohnsteigerungen aufgrund einer angespannten Arbeitsmarktlage lag die Teuerung zuletzt meist oberhalb der Inflationsziele.

Der private Konsum und die Investitionen werden im Prognosezeitraum die Treiber der gesamtwirtschaftlichen Expansion bleiben. Allerdings stoßen die Volkswirtschaften zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. So belastet der Fachkräftemangel mittlerweile das Beschäftigungswachstum und die schwache Auslandsnachfrage beeinträchtigt das konjunkturelle Umfeld zunehmend. Alles in allem dürfte sich die aktuell robuste Wirtschaftsentwicklung mit geringerem Tempo fortsetzen. Wir erwarten eine Zunahme des BIP in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten um 3,8% in diesem und um 3,2% bzw. 3,0% in den kommenden beiden Jahren.

Tabelle 3

Reales BIP und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

2019 bis 2021; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
China	6,2	6,0	5,7	2,5	2,8	2,8
Ostasien	3,2	3,3	3,3	1,5	2,0	2,1
Korea	2,2	2,5	2,5	0,7	1,5	2,0
Indonesien	5,0	5,0	5,0	3,2	3,4	3,0
Taiwan	2,2	2,0	2,0	0,6	1,2	1,0
Thailand	3,3	3,1	3,0	1,0	1,1	2,0
Hong Kong	0,5	1,9	2,0	2,5	2,4	2,0
Singapur	1,8	2,0	2,0	0,6	1,1	1,0
Malaysia	4,6	4,7	5,0	1,0	2,3	2,0
Philippinen	6,2	6,0	6,0	3,2	3,4	3,0
Indien	6,0	6,5	6,5	3,1	4,2	4,0
Lateinamerika	0,3	1,7	2,0	11,6	6,9	5,5
Brasilien	1,0	2,0	2,0	3,9	3,9	4,0
Mexiko	0,5	1,5	2,0	3,9	3,3	3,0
Argentinien	-2,3	1,0	2,0	50,0	23,0	15,0
Russland	1,2	1,5	1,8	4,7	4,1	4,0

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat, des IMF, und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2017. - ^PPrognose.

1.3. Risiken

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist aktuell mit erheblichen Risiken behaftet. Hierbei überwiegen die Abwärtsrisiken deutlich.

Zuvorderst besteht das Risiko eines unregelmäßigen EU-Austritts Großbritanniens. Dieser hätte weitreichende Folgen, die sich nur schwer quantifizieren lassen. Unmittelbar dürfte der Handel Großbritanniens mit den verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten den WTO-Regeln für Drittstaaten unterworfen werden. Hieraus ergäben sich erhebliche Friktionen, da der Außenhandel Zöllen sowie Zollkontrollen unterläge.

Eine weitere Eskalation der Handelskonflikte würde nicht nur die Exporte und die Produktion in exportorientierten Branchen weiter belasten. Gestiegene Planungunsicherheit für Unternehmen dürfte auch die Investitionstätigkeit zusätzlich negativ beeinträchtigen. Eine Fortsetzung der Spirale aus zusätzlichen Zöllen und Vergeltungsmaßnahmen würde nicht nur die Konjunktur in den unmittelbar betroffenen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Ländern dämpfen. Es besteht die Gefahr von Ansteckungseffekten, insbesondere für Schwellenländer mit hohen Exporten in die betroffenen Volkswirtschaften.

Die fortdauernde Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe birgt das Risiko, dass sich diese branchenspezifische Schwäche zunehmend auch auf andere Branchen überträgt. Hiervon in Mitleidenschaft gezogen wären wohl zunächst industrienahe Dienstleistungen wie die Arbeitnehmerüberlassung oder das Transportgewerbe. Zudem könnten schlechte Arbeitsmarktperspektiven im Verarbeitenden Gewerbe die Konsumentenstimmung negativ beeinflussen.

2. Weitere Abschwächung der Konjunktur im Euroraum

Nach einer Schwächephase in der zweiten Jahreshälfte 2018 expandierte das BIP im Euro-Raum im ersten Quartal 2019 um 0,4%. Diese Beschleunigung zum Jahresbeginn scheint jedoch keine Trendwende, sondern vielmehr ein nur temporäres Phänomen gewesen zu sein. Im zweiten Quartal verlangsamte sich die Expansion des BIP auf nur noch 0,2%. Maßgeblich hierfür waren insbesondere der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland und die stagnierende Wirtschaftsleistung in Italien. Nachfrageseitig drückten sowohl der Konsum als auch die Investitionen das Expansionsstempo. Zudem führten die schwachen Exporte zu einem negativen Beitrag des Außenhandels. Produktionsseitig sind insbesondere die Industrie und der Bau von der Konjunkturschwäche betroffen.

Der Anstieg der harmonisierten Verbraucherpreise war im ersten Halbjahr 2019 mit etwa 1,5% relativ konstant. Zuletzt schwächte sich der Preisauftrieb jedoch spürbar ab. Im August betrug die Inflation nur noch 1,0%. Maßgeblich hierfür war insbesondere ein abflauernder Anstieg der Energiepreise, im August gingen sie im Vorjahresvergleich sogar leicht zurück. Die Kerninflation (ausschließlich Energie und unverarbeiteter Lebensmittel) betrug zuletzt 1,1%.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich trotz der konjunkturellen Abkühlung weiter verbessert. Die Arbeitslosenquote ist im Frühjahr weiter gesunken und die Beschäftigung hat zugenommen. Im Juli lag die Arbeitslosenquote mit 7,5% lediglich 0,2%-Punkte über ihrem historischen Tiefstwert aus 2008.

Zinsen bleiben niedrig

Die Leitzinsen liegen seit März 2016 auf unverändert niedrigem Niveau. Der Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0%, die Zinsen der Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität liegen bei -0,4% bzw. 0,25%. Seit der Ratssitzung im Juni signalisiert die EZB, dass die Leitzinsen mindestens bis zum zweiten Halbjahr 2020 auf

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

dem aktuellen oder auf einem niedrigeren Niveau gehalten werden sollen. Vorher galt dies lediglich bis Jahresbeginn 2020.

Darüber hinaus wurden im Juni Details zu den im März angekündigten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) bekanntgegeben. Im Zeitraum zwischen September 2019 und Februar 2021 sollen sieben GLRG durchgeführt werden. Diese sollen eine Laufzeit von 2 Jahren aufweisen. Die Verzinsung wird an die Nettokreditvergabe der Geschäftsbanken gekoppelt und liegt minimal bei der durchschnittlichen Verzinsung der Einlagefazilität zuzüglich 10 Basispunkten.

Die Finanzierungsbedingungen sind weiter günstig. Am Kapitalmarkt sind die Finanzierungskosten in den vergangenen Monaten sogar deutlich gesunken. So ist die Umlaufrendite von Staatsanleihen höchster Bonität (AAA) mit zehnjähriger Restlaufzeit seit Mai 2019 negativ, zuletzt lag diese bei -0,6%. Für Unternehmen reduzierten sich die Kosten der Kapitalmarktfinanzierung in ähnlichem Maße. Die Kreditkosten haben sich für Unternehmen hingegen kaum verändert. Für die privaten Haushalte verbilligten sich Wohnungsbaukredite leicht. Bei insgesamt weiter günstigen Finanzierungsbedingungen war die Kreditentwicklung bis Ende Juli robust.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Eintrübung im Euro-Raum erwarten wir, dass die EZB die Leitzinsen im Prognosezeitraum auf dem aktuellen Niveau belassen wird. Sollte sich die konjunkturelle Perspektive weiter eintrüben, ist eine Senkung der Einlagefazilität nicht ausgeschlossen. Insbesondere durch die Koppelung der Kosten der GLRG an den Einlagesatz könnte dies einen konjunkturellen Impuls setzen.

Die Finanzpolitik bleibt expansiv ausgerichtet

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich im vergangenen Jahr für die Euro-Raum-Länder insgesamt deutlich verbessert. Die konsolidierten Finanzierungssalden nahmen in allen Mitgliedsstaaten mit Ausnahme von Estland, Zypern und Malta zu. Nach Angaben der Europäischen Kommission hat sich das konjunkturell bereinigte zusammengefasste Budgetdefizit der Länder des Euro-Raums um 0,2%-Punkte auf mittlerweile -0,8% verbessert (Tabelle 4).

Das laufende Jahr dürfte eine Trendwende für den finanzpolitischen Kurs im Euro-Raum sein. Die strukturellen Budgetdefizite dürften in einer Reihe von Ländern ausgeweitet werden, besonders deutlich in Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien und Griechenland.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 4

Gesamtstaatliche Budgetsalden im Euro-Raum: Gesamtbilanz und Primärbilanz
2019 bis 2021; in % des nominalen BIP

	2019		2020 ^P		2021 ^P	
	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär
Deutschland	1,6	2,5	1,0	1,9	0,6	1,3
Frankreich	-3,2	-1,5	-2,4	-0,7	-2,3	-0,8
Italien	-2,4	1,2	-3,4	0,3	-2,4	1,0
Spanien	-2,2	0,1	-1,8	0,3	-1,6	1,0
Niederlande	1,6	2,3	0,9	1,5	0,8	2,0
Belgien	-1,3	0,8	-1,6	0,4	-1,6	0,3
Österreich	0,3	1,8	0,1	1,5	0,0	2,0
Griechenland	1,0	2,4	2,2	3,4	2,0	3,2
Finnland	-0,5	0,3	-0,2	0,7	0,5	1,3
Portugal	-0,3	3,0	-0,1	3,0	0,3	3,1
Irland	0,0	3,6	-0,9	2,8	-0,9	4,5
Slowakei	-0,7	0,5	-0,7	0,5	0,0	1,0
Luxemburg	1,2	1,4	0,9	1,2	1,4	1,7
Litauen	0,8	2,4	1,0	2,5	1,0	3,5
Slowenien	0,7	1,5	0,8	1,5	0,8	1,6
Lettland	0,0	0,6	0,4	1,1	0,7	1,2
Zypern	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,3
Estland	2,8	5,2	2,2	4,4	2,9	4,9
Malta	0,2	1,6	-0,5	0,9	0,3	1,5
Euro-Raum	-0,7	1,1	-0,9	0,9	-0,8	1,0

Eigene Prognosen nach Angaben von Eurostat und AMECO. – ^PPrognose. Zur Berechnung vgl. Schmidt et al. (2016): 27.

Nach anhaltenden Demonstrationen in Frankreich wurde eine Reihe von Reformen abgesagt, die zu einer Verbesserung der öffentlichen Haushalte hätten führen sollen. Die Annullierung einer Verbrauchssteuererhöhung auf Kraftstoffe, die Barüberweisung von 100 Euro pro Monat an Familien mit Mindestlohneinkommen und die Abschaffung der Steuer auf Überstundenlöhne dürften sich negativ auf den Budgetsaldo im laufenden Jahr auswirken. Das Budgetdefizit dürfte wieder die im Vertrag von Maastricht gesetzte Grenze von 3% überschreiten. Angesichts der außergewöhnlichen Umstände der sozialen Unruhen und der in den Jahren 2017-18 durchgeführten Reformen ist jedoch nicht zu erwarten, dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten wird.

Tabelle 5

Eckwerte der Konjunktur im Euro-Raum

2017 bis 2021; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2017	2018	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
Privater Konsum	1,8	1,4	1,2	1,1	1,3
Öffentlicher Konsum	1,5	1,1	1,3	1,3	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	2,3	2,8	2,1	2,2
Vorratsveränderungen ¹	0,1	0,0	-0,3	-0,1	0,0
Inlandsnachfrage	2,2	1,5	1,3	1,3	1,5
Export	5,7	3,5	2,2	2,1	2,3
Import	5,0	2,7	2,5	2,4	2,4
Außenbeitrag ¹	0,5	0,5	0,0	0,0	0,1
Bruttoinlandsprodukt	2,7	1,9	1,2	1,2	1,5
Verbraucherpreise	1,5	1,8	1,3	1,3	1,4
Arbeitslosenquote ²	8,6	8,2	7,8	7,8	7,8

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat. – ^PEigene Prognose. – ¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ²Harmonisiert nach ILO, in % der Erwerbspersonen.

Italien wird das im vergangenen Jahr mit der Europäischen Kommission vereinbarte Ziel von 2% für das Budgetdefizit voraussichtlich um ½%-Punkt verfehlen. Dieses Ziel beruht jedoch auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 2%, welches sich als deutlich zu optimistisch herausstellen dürfte. Darüber hinaus ist unklar, ob sich die neue Regierung an Zusagen der Vorgängerregierung gebunden fühlt und zusätzliche Maßnahmen zur Einhaltung der Vereinbarung mit der Europäischen Kommission beschließt.

Die strukturellen Finanzierungssalden dürften in einigen Ländern weiter zunehmen; in Spanien deutlich, in Irland und Portugal leicht. Für den Euro-Raum insgesamt erwarten wir einen Finanzierungssaldo von -0,7% für das laufende Jahr und eine Ausweitung des konsolidierten Budgetdefizits auf -0,9% im Jahr 2020. Im Jahr 2021 dürfte der Gesamtbilanzsaldo leicht auf -0,8% steigen.

Ausblick

Die Frühindikatoren und die eingehenden Monatsdaten deuten auf trübe konjunkturelle Aussichten hin. Der weltweite Abschwung des Verarbeitenden Gewerbes ist auch im Euro-Raum zu spüren. Der von IHS Markit ausgewiesene PMI für das Verarbeitende Gewerbe lag im August bei 47 Indexpunkten, befindet sich somit seit Januar

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 6

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Ländern des Euro-Raums

2019 bis 2021

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2019 ^p	2020 ^p	2021 ^p	2019 ^p	2020 ^p	2021 ^p	2019 ^p	2020 ^p	2021 ^p
Deutschland	0,5	0,5	1,2	1,5	1,2	1,4	3,1	3,0	3,0
Frankreich	1,3	1,2	1,4	1,3	1,3	1,3	8,5	8,5	8,5
Italien	0,1	0,7	0,9	0,8	0,9	1,1	10,1	10,2	10,4
Spanien	2,4	2,1	1,8	1,1	1,3	1,2	14,0	13,7	13,6
Niederlande	1,9	1,5	1,4	2,6	2,2	1,9	3,3	3,5	3,6
Belgien	1,2	1,1	1,3	1,4	1,3	1,3	5,5	5,5	5,5
Österreich	1,5	1,4	1,5	1,6	1,8	1,7	4,6	4,7	4,6
Griechenland	5,9	5,1	4,7	0,9	1,1	1,1	5,0	4,9	5,1
Finnland	1,3	1,4	1,4	1,3	1,2	1,4	6,6	6,5	6,5
Portugal	1,8	1,4	1,6	0,6	1,0	1,3	6,5	6,4	6,2
Irland	1,1	1,5	1,7	0,8	1,0	1,3	18,2	17,5	16,5
Slowakei	2,9	3,7	3,7	2,8	2,5	2,4	5,4	5,1	4,9
Luxemburg	2,0	2,7	2,7	1,7	1,5	1,6	5,5	5,6	5,8
Litauen	3,3	2,7	2,5	1,9	2,7	2,6	4,5	4,4	4,2
Slowenien	4,1	3,9	3,7	3,0	3,0	2,4	6,0	5,5	5,4
Lettland	5,0	4,3	3,4	2,6	2,9	3,0	7,4	6,7	6,3
Zypern	3,6	3,4	3,8	1,1	1,3	1,7	4,1	3,6	3,6
Estland	2,7	1,8	1,9	0,6	1,1	1,5	7,5	7,6	7,6
Malta	3,0	3,7	3,6	1,1	1,8	1,8	3,4	3,3	3,3
Euro-Raum	1,2	1,2	1,5	1,3	1,3	1,4	7,8	7,8	7,8
Großbritannien	0,9	0,6	1,3	2,1	2,2	2,0	3,9	4,1	3,8
Neue EU-Staaten	3,8	3,2	3,0	2,6	2,7	2,5	3,8	3,8	3,8
Schweden	1,6	1,4	1,6	1,8	1,7	1,5	6,4	6,5	6,6
Dänemark	2,1	1,7	1,6	0,9	1,2	1,1	5,0	4,9	5,3
EU-28	1,3	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	7,0	7,0	6,9

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. – ¹Standardisiert. – ²Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Zahl der Erwerbspersonen von 2017 gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. – ^pEigene Prognose.

2019 unterhalb der Wachstumsschwelle von 50. Der Gesamtindex liegt mit 51,8 Indexpunkten jedoch oberhalb dieser Schwelle. Der Economic Sentiment Indicator und der Business Climate Indicator der Europäischen Kommission, die seit Anfang 2018 einen Abwärtstrend aufweisen, nähern sich ihren langfristigen Mittelwerten. Diese Verschlechterung der Frühindikatoren ist im Wesentlichen auf die beiden großen Volkswirtschaften, Deutschland und Italien, zurückzuführen.

Trotz der konjunkturellen Abkühlung in Deutschland und Italien ist die wirtschaftliche Lage in anderen großen Mitgliedsstaaten noch immer robust. Die Kurzfristindikatoren für Frankreich, Spanien und die Niederlande deuten auf eine weiter moderate gesamtwirtschaftliche Expansion hin. Die Konjunktur stützen dürfte die im Euro-Raum insgesamt weiter kräftige Binnennachfrage. Insbesondere der private Konsum bleibt, bei weiterhin guter Arbeitsmarktlage, robust (Tabelle 5).

Angesichts zuletzt gesunkener Ölpreise dürfte die Teuerung in den kommenden Monaten nachlassen und erst gegen Ende des Jahres wieder anziehen. Die Kerninflation wird aufgrund eingetrübter Konjunkturperspektiven gedämpft bleiben. Hierauf deuten auch Inflationserwartungen sowohl der Konsumenten laut der Umfrage der Europäischen Kommission als auch der Experten nach Angaben des *Survey of Professional Forecasters* der EZB hin.

Alles in allem erwarten wir eine Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, welche sich bis in das kommende Jahr ziehen wird (Tabelle 6). Erst gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte die Expansion wieder etwas an Kraft gewinnen. Für das laufende und das kommende Jahr erwarten wir eine Zunahme des BIP um 1,2%. Im Jahr 2021 dürfte die Rate auf 1,5% steigen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte zunächst bei 1,3% stagnieren und sich auf 1,4% im Jahr 2021 erhöhen. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich wenig dynamisch. Für den Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenquote nach ILO-Definition bei 7,8% verharren.

Literatur

Bank of England (2018) EU withdrawal scenarios and monetary and financial stability. Bank of England.

Carney (2019) Letter from the Governor to the Treasury Select Committee regarding updated Brexit scenarios. Bank of England.

Chen, W., X. Chen, C. Hsieh, und Z. Song (2019). A Forensic Examination of China's National Accounts, NBER Working Paper No. 25754

Estrella, A., und Trubin, M. (2006). The yield curve as a leading indicator: Some practical issues. *Current issues in Economics and Finance*, 12(5).

Schmidt, T., R. Döhrn, D. Grozea-Helmenstein, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2016). Die Wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Keine durchgreifende Besserung. *RWI Konjunkturbericht* 67(1): 5-36.

United Nations (2019), World Economic Situation and Prospects as of mid-2019. New York.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Torsten Schmidt, György Barabas, Angela Fuest, Philipp Jäger, Robin Jessen, Martin Micheli und Svetlana Rujin

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Deutsche Wirtschaft im Abschwung⁵

Kurzfassung

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Deutschland im zweiten Quartal 2019 zurückgegangen, nachdem es zu Jahresbeginn noch recht kräftig ausgeweitet wurde. Vor allem sanken im zweiten Quartal die Exporte, insbesondere nach Großbritannien. Zudem war ein Rückgang bei den Bauinvestitionen zu verzeichnen, der wohl als Reaktion auf die kräftige Ausweitung im ersten Quartal zu verstehen ist. Dagegen stiegen der private Konsum und angesichts der hohen Haushaltsüberschüsse auch die öffentlichen Ausgaben weiter an. Insgesamt haben vor allem kurzfristige Faktoren im zweiten Quartal zum Rückgang der Produktion geführt.

Inzwischen mehren sich aber die Anzeichen, dass die Schwächephase anhält und die Konjunktur in Deutschland in einen Abschwung übergeht. Insbesondere hält der Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, und hier insbesondere in der Automobilindustrie, an. Zudem werden inzwischen weitere Wirtschaftsbereiche von der konjunkturellen Schwäche erfasst. Insbesondere die Verschlechterung der Stimmung im Dienstleistungsbereich gibt Anlass zur Sorge, da sich dieser bisher recht robust entwickelt und maßgeblich zu dem kräftigen Beschäftigungsaufbau in Deutschland beigetragen hatte.

Damit steigt das Risiko, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession gerät. Allerdings ist das Ausmaß der derzeitigen Belastungen nicht groß genug, um den Rückgang der Produktion in der Industrie deutlich zu verstärken. Auch bleiben die Ansteckungseffekte auf andere Bereiche begrenzt. So weist die Bautätigkeit, gemessen an den gut gefüllten Auftragsbüchern, kaum Anzeichen von Schwäche auf. Dieser Bereich wird nach wie vor von den niedrigen Zinsen begünstigt.

Ein weiteres Anzeichen dafür, dass die zunächst sektoral begrenzte Schwäche nun etwas stärker auf weitere Wirtschaftsbereiche ausstrahlt, ist, dass der Arbeitsmarkt deutlich an Aufwärtsdynamik eingebüßt hat. Zwar zeigen sich auch hier nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistern. Aber auch bei den Dienstleistungen haben sich die Erwartungen inzwischen eingetrübt. Dies

⁵ Abgeschlossen am 10.9.2019. Die Verfasser danken Christoph M. Schmidt für kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

hat dazu geführt, dass sich der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zuletzt deutlich verlangsamt hat. Ein deutlicher Rückgang der Erwerbstätigkeit, wie er in einer Rezession zu erwarten wäre, zeichnet sich aber auch hier bislang nicht ab.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die Produktion im laufenden dritten Quartal ebenfalls leicht zurückgegangen ist und zum Ende des Jahres stagniert. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung langsam wieder an Fahrt gewinnen. Dabei ist unterstellt, dass ein harter Brexit vermieden wird und Großbritannien auf Basis eines Austrittsvertrags aus der Europäischen Union ausscheidet. Insgesamt erwarten wir im Jahresdurchschnitt 2019 eine Zunahme des BIP um lediglich 0,4%. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Schwächephase allmählich überwunden werden. Im kommenden Jahr dürfte das BIP um 0,9% und im Jahr 2021 wieder um 1,3% ausgeweitet werden (Tabelle 1). Dabei dürfte der Preisauftrieb schwach bleiben.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2018 bis 2021

	2018	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	1,5	0,4	0,9	1,3
Erwerbstätige ² , in 1000	44 854	45 250	45 400	45 510
Arbeitslose ³ , in 1000	2 340	2 270	2 290	2 280
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,2	5,0	5,0	4,9
Verbraucherpreise, Veränderung in %	1,8	1,4	1,3	1,5
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	2,5	3,6	2,1	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	62,4	52	40	23
in % des BIP	1,9	1,5	1,1	0,6
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	245,0	244	242	250
in % des BIP	7,3	7,1	6,8	6,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Summary

Real gross domestic product (GDP) in Germany declined in the second quarter of 2019, after having expanded quite strongly at the beginning of the year. In particular, exports fell in the second quarter, especially those to Great Britain. Construction investments decreased also, probably due to the strong expansion in the first quarter. In contrast, private consumption and public spending continued to rise. Overall, short-term factors led to a decline in production in the second quarter.

Since then, however, there is evidence that the period of weakness will continue and that there is an economic slowdown in Germany. In particular, the decline in production in the manufacturing sector persists, especially in the automotive industry. In addition, other sectors of the economy are now affected by the economic weakness. In particular, the deterioration of sentiment in the services sector is a cause for concern, as services have developed quite robustly up to now and significantly contributed to the strong increase in employment in Germany.

Key Forecast Data

2018 to 2021

	2018	2019 ^f	2020 ^f	2021 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	1.5	0.4	0.9	1.3
Employed persons ² , in 1000	44 854	45 250	45 400	45 510
Unemployed ³ , in 1000	2 340	2 270	2 290	2 280
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.2	5.0	5.0	4.9
Consumer prices, change in percent	1.8	1.4	1.3	1.5
Labor unit costs ⁵ , change in percent	2.5	3.6	2.1	1.7
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	62.4	52	40	23
in percent of GDP	1.9	1.5	1.1	0.6
Current account balance ⁷				
in EUR bn	245.0	244	242	250
in percent of GDP	7.3	7.1	6.8	6.9

RWI calculations based on data provided by the Federal Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

This increases the risk that the German economy is moving into recession. However, the extent of negative factors is not large enough to significantly exacerbate the decline in industrial production. This also limits the contagion effects to other sectors. Construction activity, measured by the well-filled order books, shows hardly any signs of weakness. This sector continues to benefit from low interest rates.

However, another indication that the initially sectorally limited weakness is slowly impinging on other economic sectors is that the labour market has lost its upward momentum. While there are still clear differences between employment dynamics in the manufacturing industry and in the services sector, expectations in the services sector have also deteriorated. This has led to a considerable slowdown in the recent expansion of employment. However, there are no signs of a significant decline in employment, which would be expected in a recession.

On the whole, we expect that economic output in the current quarter has also declined slightly and will stagnate at the end of the year. Economic output should slowly pick up again in the coming year. We assume that a hard Brexit will be avoided and that Great Britain will leave the European Union on the basis of a withdrawal agreement. Overall, we expect GDP to grow by only 0.4 percent on average in 2019. The weak phase should gradually be overcome during the remainder of the forecast period. GDP will grow by 0.9 percent in 2020 and by 1.3 percent in 2021. At the same time, inflation is likely to remain low.

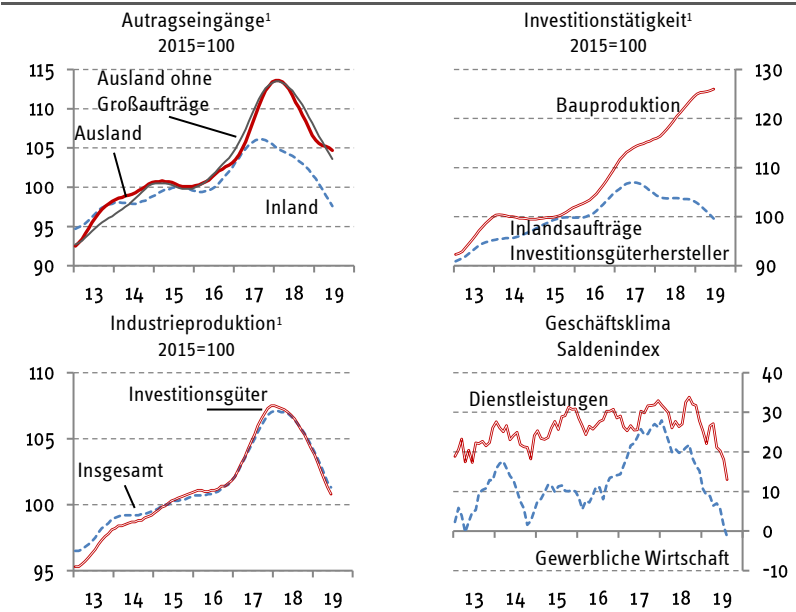
1. Produktionsrückgang in der Industrie belastet zunehmend die Gesamtwirtschaft

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Deutschland im zweiten Quartal des laufenden Jahres zurückgegangen, nachdem es zu Jahresbeginn noch recht kräftig ausgeweitet wurde. Vor allem sanken im zweiten Quartal die Exporte, insbesondere die nach Großbritannien. In Antizipation des Brexit scheinen Einfuhren von deutschen Gütern in Großbritannien ins erste Quartal vorgezogen worden zu sein, um drohende Zollschranken zu umgehen. Neben diesem Sondereffekt dämpft allerdings auch die schwächer werdende globale Nachfrage insbesondere im Industriesektor die Exporte; dafür spricht, dass im zweiten Quartal insbesondere Investitions- und Vorleistungsgüterexporte gesunken sind. Der Nachfragerückgang ist dabei nicht auf den Automobilsektor beschränkt, auch die Ausfuhren von Maschinen, Geräten zur Datenverarbeitung sowie elektronischen und optischen Erzeugnissen waren im zweiten Quartal schwach. Zudem gingen die Bauinvestitionen zurück, was wohl als Reaktion auf die kräftige Ausweitung im ersten Quartal zu verstehen ist. Dagegen stiegen der private Konsum und angesichts der hohen Haushaltsüberschüsse auch die öffentlichen Ausgaben weiter an. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal ist damit vor allem auf kurzfristige Faktoren zurückzuführen.

Inzwischen mehren sich aber Anzeichen, dass die Schwächephase anhält und die Konjunktur in Deutschland in einen Abschwung übergeht. Insbesondere hält der Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und hier in erster Linie in der Automobilindustrie an. Dabei wird immer deutlicher, dass die Automobilindustrie nicht allein mit den Problemen bei der Einführung des neuen Emissions- und Verbrauchstests gemäß WLTP zu kämpfen hat. Vielmehr zeigt sich, dass die stark international arbeitsteilig organisierte Produktion von Kraftfahrzeugen durch die Beschränkungen des internationalen Handels belastet wird (UN 2019). Die weiterhin rückläufigen Auftragsgänge (Schaubild 1) lassen erwarten, dass diese Schwäche anhält.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 1
Indikatoren für die Produktion
 2013 bis 2019, saisonbereinigt

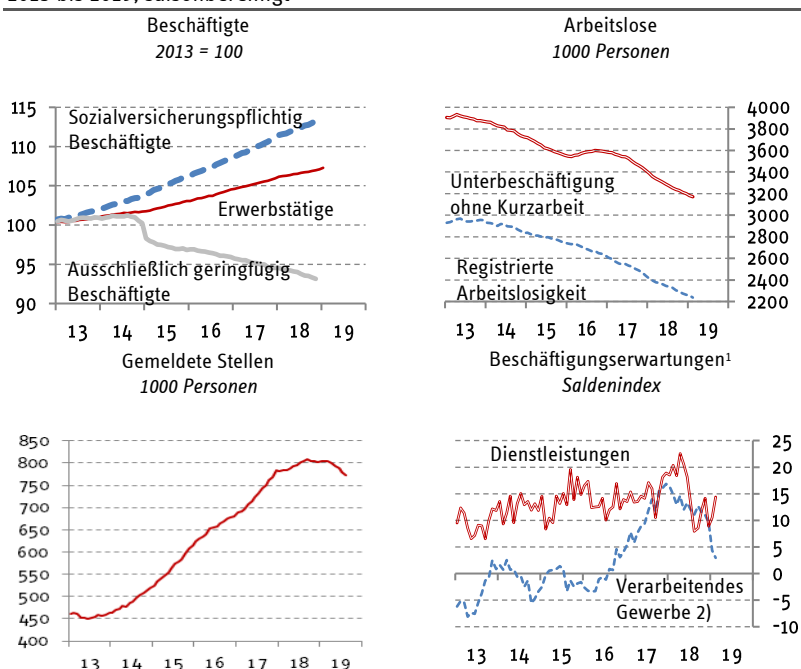


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des ifo Instituts. - Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1.

Zudem werden inzwischen weitere Bereiche von der konjunkturellen Schwäche erfasst.⁶ Insbesondere die Verschlechterung der Stimmung bei den Dienstleistungen gibt Anlass zur Sorge, da sie sich bisher recht robust entwickelt und maßgeblich zu dem kräftigen Beschäftigungsaufbau in Deutschland beigetragen hatten. Damit steigt das Risiko, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession gerät. Allerdings ist das Ausmaß der derzeitigen Belastungen nicht groß genug, um den

⁶ Für die Stärke und den weiteren Verlauf des Abschwungs stellt sich daher die Frage, in welchem Ausmaß der Produktionsrückgang in der Industrie auf andere Branchen ausstrahlt. Dabei galt lange Zeit das Argument von Lucas (1977), dass negative Schocks in einzelnen Sektoren mit hoher Wahrscheinlichkeit durch positive Entwicklungen in anderen Sektoren ausgeglichen werden. Allerdings argumentieren Acemoglu et al. (2012), dass sektorale Schocks durch die engen Lieferbeziehungen mit anderen Sektoren durchaus zu Konjunkturschwankungen führen können.

Schaubild 2
Indikatoren des Arbeitsmarktes
 2013 bis 2019, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Bundesbank und des ifo Instituts. ⁻¹in den kommenden drei Monaten - ²Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungsmittel- und Tabakwarenherstellung.

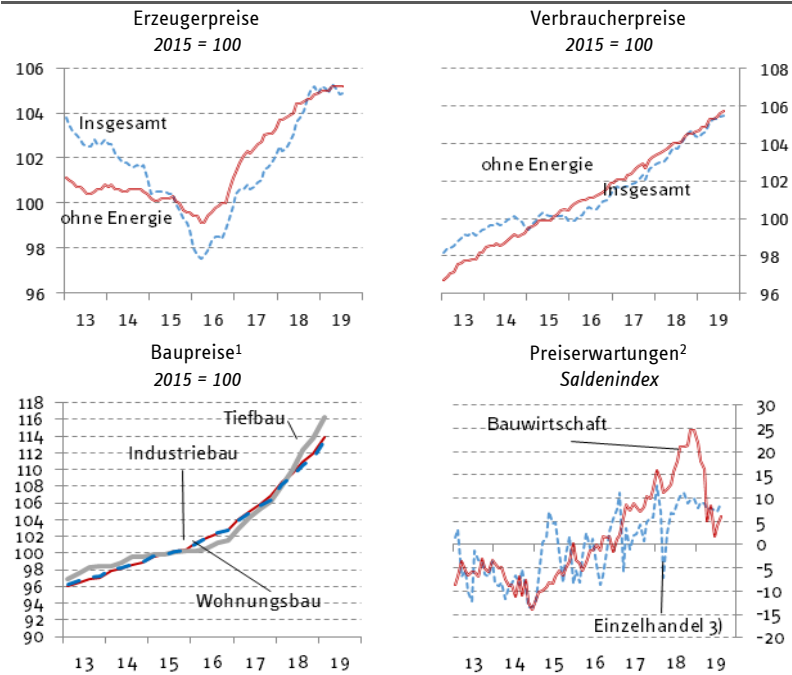
Rückgang der Produktion in der Industrie noch zu verstärken. Auch bleiben die Ansteckungseffekte auf andere Bereiche begrenzt. So zeigt die Bautätigkeit, gemessen an den gut gefüllten Auftragsbüchern im Bauhauptgewerbe, kaum Anzeichen von Schwäche. Dieser Bereich wird nach wie vor von den niedrigen Zinsen begünstigt.

Ein weiteres Anzeichen dafür, dass die zunächst sektoral begrenzte Schwäche nun etwas stärker auf weitere Wirtschaftsbereiche ausstrahlt, ist, dass der Arbeitsmarkt deutlich an Aufwärtsdynamik eingebüßt hat. Zwar zeigen sich auch hier nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungen, z.B. bei der Beschäftigungserwartung (Schaubild 2). Aber auch bei den Dienstleistungen haben sich die Erwartungen inzwischen deutlich eingetrübt. Dies hat

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 3

Indikatoren der Preisentwicklung 2013 bis 2019, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Bundesbank und des ifo Instituts. -¹Nicht saisonbereinigt. -²Erwartungen bezüglich der Preise in den kommenden drei Monaten. -³Ohne Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

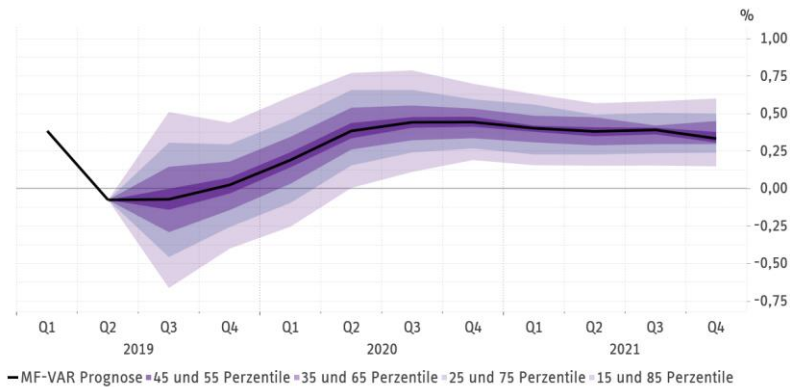
dazu geführt, dass sich der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zuletzt deutlich verlangsamt hat. Ein deutlicher Rückgang, wie er in einer Rezession zu erwarten wäre, zeichnet sich aber nicht ab. Zudem deuten die Indikatoren zur Beschäftigung im Dienstleistungssektor darauf hin, dass die Erwerbstätigkeit weiterhin ausgeweitet wird.

Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Schwäche hat sich der Anstieg der Erzeugerpreise deutlich abgeflacht (Schaubild 3). Dagegen ist ein verlangsamter Anstieg der Verbraucherpreise noch nicht sichtbar. Diese entwickeln sich aber ohnehin verhalten. Lediglich die Baupreise steigen weiter recht kräftig. Angesichts der weiterhin regen Ausweitung der Bauinvestitionen und gleichzeitig sehr niedrigen Zinsen dürfte sich daran auch so schnell nichts ändern.

Schaubild 4

Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in laufenden und im kommenden Quartal

Schätzung mit dem vom RWI für die Kurzfristprognose verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen. Zum Mixed-Frequency-VAR siehe Döhrn et al. (2018: 29-31).

Die anhaltende konjunkturelle Schwäche zeigt sich ebenfalls in den indikatorengestützten Quartalsprognosen des Mixed-Frequency-VAR-Modells (Schaubild 4). Das Modell prognostiziert einen weiteren Rückgang des BIP um 0,1% gegenüber dem Vorquartal im laufenden und eine Stagnation im vierten Quartal 2019.

2. Konjunkturelle Schwäche wird nur langsam überwunden

Die sich in den Kurzfristindikatoren andeutende konjunkturelle Schwäche dürfte sich zunächst fortsetzen. Insbesondere die Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus ist ein deutliches Signal, dass die Gesamtwirtschaft stärker als bisher von den Problemen in der Industrie erfasst wird. Vor diesem Hintergrund dürfte die Produktion auch im laufenden Quartal leicht zurückgegangen sein und zum Ende dieses Jahres stagnieren. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung allmählich wieder an Fahrt gewinnen. Dabei ist unterstellt, dass ein harter Brexit vermieden wird und Großbritannien auf Basis eines Austrittsvertrags aus der Europäischen Union ausscheidet.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Des Weiteren sind der Prognose die folgenden Annahmen zugrunde gelegt:

- i** Der Welthandel dürfte sich nur langsam aus der aktuellen Schwäche lösen. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir für 2019 einen Rückgang von 1%. Im Jahr 2020 dürfte er dann um 1,1% und im Jahr 2021 um 3,6% ausgeweitet werden. Dabei ist unterstellt, dass sich der Handelskonflikt zwischen den USA und China allmählich entspannt.
- i** Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) wird im Durchschnitt dieses Jahres 63 Dollar je Barrel betragen. Für 2020 ist ein Preis von 60 Dollar je Barrel und für 2021 von 61 Dollar je Barrel unterstellt.
- i** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,11 Dollar je Euro verharren.
- i** Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes steigen in diesem Jahr um durchschnittlich 3%. In den beiden folgenden Jahren dürfte sich die Dynamik bei den Tarifentgelten etwas verlangsamten. Wir gehen von Zuwächsen um jeweils 2,8% aus.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- i** Die Europäische Zentralbank (EZB) wird den Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis zum Ende des Prognosezeitraums auf dem aktuellen Niveau von 0% belassen.
- i** Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum insgesamt gesehen expansiv ausgerichtet. Der expansive Impuls macht in diesem Jahr 0,7% in Relation zum nominalen BIP aus. Im kommenden Jahr ist ein etwas geringerer Impuls von 0,5% zu erwarten. Im Jahr 2021 dürfte er dann mit 0,8% wieder etwas stärker ausfallen.

Damit gewinnen die dämpfenden Faktoren vorübergehend die Oberhand. Insbesondere wird der Außenhandel auch in den nächsten Quartalen kaum zur Belebung der gesamtwirtschaftlichen Expansion beitragen. So erholt sich der Welthandel voraussichtlich nur langsam von seiner seit Ende 2018 anhaltenden Schwäche. Auch die handelspolitische Unsicherheit bezüglich des Brexit bleibt wohl weiterhin hoch. Die angespannte Lage zeigt sich ebenfalls in den Stimmungsindikatoren. So sind die ifo Exporterwartungen bereits seit geraumer Zeit rückläufig und liegen im Dreimonatsmittel so niedrig wie seit Ende der Finanzkrise im Jahr 2009 nicht mehr.

Nichtsdestotrotz dürfte der Rückgang der Ausfuhren im dritten Quartal deutlich geringer ausgefallen sein als im zweiten Quartal, insbesondere, da der negative Sondereffekt auf die Ausfuhren nach Großbritannien nachgelassen haben dürfte. Die Einfuhren werden wohl im dritten Quartal wieder zunehmen, aufgrund der schwachen Exporte und Investitionen allerdings eher schwach. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Ausfuhren im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung wieder zunehmen, die Zuwachsraten bleiben allerdings moderat (Tabelle 2).

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

Tabelle 2

RWI-Konjunkturprognose vom September 2019

2018 bis 2021, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019 ^p	2020 ^p	2021 ^p	Änderung zu Juni	
					2019	2020
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,5	0,4	0,9	1,3	-0,3	-0,4
Verwendung ¹						
Konsumausgaben	1,3	1,6	1,5	1,5	-0,2	-0,2
Private Haushalte ²	1,3	1,4	1,2	1,3	-0,5	-0,3
Staat	1,4	2,1	2,2	1,8	0,4	0,3
Anlageinvestitionen	3,5	2,6	1,8	1,9	0,2	-0,7
Bauten	2,5	3,8	2,3	1,5	0,1	-0,5
Ausrüstungen	4,4	1,0	0,6	2,0	-0,8	-1,6
Sonstige Anlagen	4,3	2,4	2,7	2,6	2,2	0,8
Vorratsveränderung						
(Wachstumsbeitrag)	0,3	-0,4	0,2	-0,1	-0,1	0,3
Inländische Verwendung	2,1	1,3	1,8	1,5	-0,3	0,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,4	-0,8	-0,7	-0,1	-0,1	-0,5
Ausfuhr	2,1	0,6	1,4	3,2	-0,1	-1,4
Einfuhr	3,6	2,7	3,3	3,8	0,1	-0,4
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 854	45 250	45 400	45 510	-40	-150
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 340	2 270	2 290	2 280	-10	30
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,2	5,0	5,0	4,9	0,0	0,1
Verbraucherpreise ⁶	1,8	1,4	1,3	1,5	0,1	-0,1
Lohnstückkosten ⁷	2,7	3,7	2,2	1,7	0,3	0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁸						
in Mrd.€	62,4	52	40	23	10,0	8,0
in % des nominalen BIP	1,9	1,5	1,1	0,6	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁹						
in Mrd.€	245,0	244	242	250	-4,0	-6,0
in % des nominalen BIP	7,3	7,1	6,8	6,9	0,0	0,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 3

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2018 bis 2021; in %

	2018	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
Statistischer Überhang ¹	1,1	0,2	-0,1	0,5
Jahresverlaufsrate ²	0,6	0,2	1,1	1,3
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	0,5	0,6	1,3
Kalendereffekt ³	0,0	0,0	0,4	0,0
Durchschnittliche Veränderung	1,5	0,4	0,9	1,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^PEigene Prognose.

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften im zweiten Halbjahr zurückgehen. So sind die Inlandsumsätze bei Investitionsgütern zuletzt gesunken, nachdem die Nachfrage nach diesen Gütern bereits seit geraumer Zeit in der Tendenz rückläufig war. Dies spiegelt sich in einer sinkenden Kapazitätsauslastung im Investitionsgüterbereich wider. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Ausrüstungsinvestitionen bei einer sich stabilisierenden Weltkonjunktur wieder ausgeweitet werden.

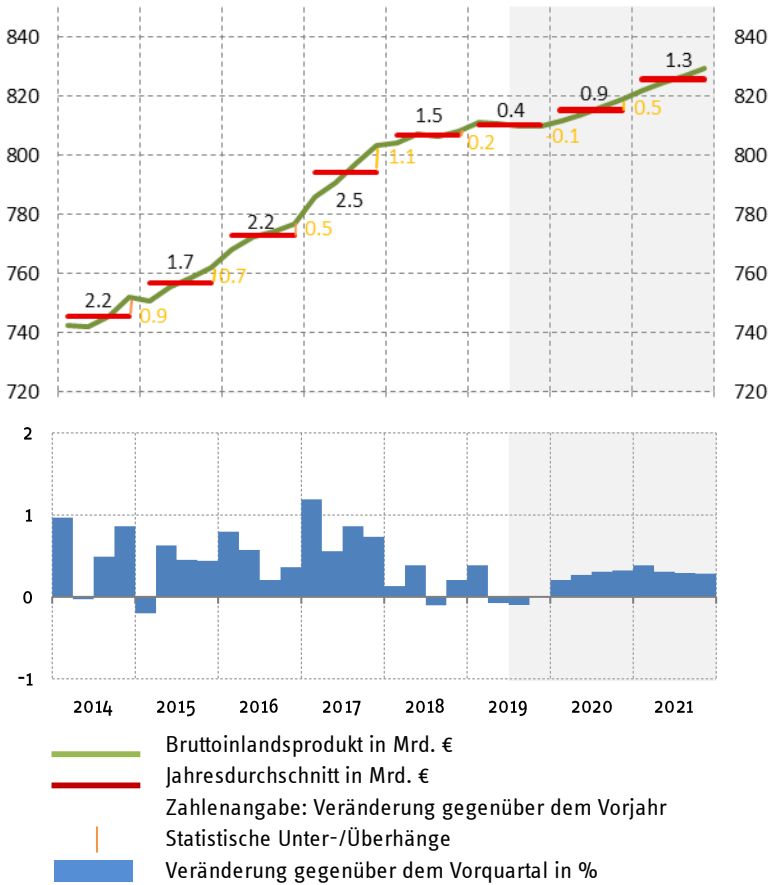
Die Bauinvestitionen werden wohl weiterhin eine Stütze der deutschen Konjunktur bleiben. Die Auftragsbücher sind sehr gut gefüllt, die Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum bleibt ausgesprochen hoch und die staatlichen Investitionsvorhaben für die kommenden Jahre spiegeln sich in den aufgestockten Budgets wider. Darüber hinaus dürften die niedrigen Finanzierungskosten im gesamten Prognosezeitraum stimulierend wirken. Allerdings werden die hohen Auftragsbestände wohl nur langsam abgearbeitet, da einer stärkeren Ausweitung der Bauinvestitionen die bereits sehr hohe Kapazitätsauslastung, Mangel an Arbeitskräften sowie Materialknappheit entgegenstehen. Vor diesem Hintergrund dürfte der Preisdruck hoch bleiben.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der private Verbrauch eine deutlichere Abschwächung der Konjunktur verhindert. Zwar werden voraussichtlich die Bruttolöhne und -gehälter langsamer ausgeweitet als zuletzt, jedoch profitieren die privaten Haushalte von Steuerentlastungen und Anpassungen der monetären Sozialleistungen. So wirken im laufenden Jahr u.a. bereits die Einführung der „Mütterrente II“

Schaubild 5

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2014 bis 2021; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem dritten Quartal 2019 eigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

und die Erhöhung des Kindergeldes, so dass die Transfereinkommen im Jahresdurchschnitt um 4,4% zulegen dürften. Auch die Bruttolohneinkommen steigen in diesem Jahr noch recht kräftig, so dass – trotz sinkender Kapitaleinkommen – die privaten Konsumausgaben leicht beschleunigt um 1,4% zunehmen dürften.

Angesichts der Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt werden in den beiden folgenden Jahren die Lohn- und Gehaltssteigerungen aber wohl deutlich geringer ausfallen. Im Jahr 2021 bewirkt die Abschaffung des Solidaritätszuschlages jedoch eine wieder stärkere Zunahme der Nettolohneinkommen. Auch die Transfereinkommen werden 2021 aufgrund der Einführung der „Grundrente“ und einer erneuten Erhöhung des Kindergeldes kräftiger steigen. Alles in allem erwarten wir für die Jahre 2020 und 2021 eine Ausweitung des realen privaten Konsums um 1,2 bzw. 1,3%.

Insgesamt rechnen wir im Jahresdurchschnitt mit einer Zunahme des BIP in diesem Jahr um 0,4%. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Schwächephase allmählich überwunden werden (Schaubild 5). Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP im Jahr 2020 um 0,9% und im Jahr 2021 wieder um 1,3% ausgeweitet werden. Dabei ist im kommenden Jahr ein deutlicher Kalendereffekt von 0,4% zu berücksichtigen (Tabelle 4). Der Preisauftrieb dürfte weiterhin schwach bleiben.

Beschäftigungsaufbau schwächt sich ab

Die sich im bisherigen Jahresverlauf abzeichnende Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Zum einen lässt die Nachfrage nach Arbeitskräften – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe – merklich nach. Zum anderen machen sich in einigen Bereichen Restriktionen auf der Angebotsseite bemerkbar. So hat die durchschnittliche Vakanzzeit der offenen Stellen im August erneut einen Höchstwert erreicht, was darauf hindeutet, dass es für Unternehmen in einigen Bereichen schwieriger ist, Stellen zu besetzen. Alles in allem dürfte die Erwerbstätigkeit 2019 im Jahresdurchschnitt um 0,9% zunehmen. In den beiden folgenden Jahren erwarten wir aufgrund dämpfender demographischer Faktoren allerdings eine deutlich schwächere Ausweitung um jeweils 0,3%.

Parallel zur Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus dürfte die Arbeitslosigkeit im weiteren Prognosezeitraum nur noch geringfügig abnehmen. Die gestiegene Zahl der registriert Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III in den jüngsten Monaten deutet darauf hin, dass sich die abgeschwächte konjunkturelle Dynamik bereits auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Die Komponente Arbeitslosigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers ist erneut gesunken und lag im August mit 97,7 den sechsten Monat in Folge unter dem Referenzwert von 100. Jedoch bleibt laut Angaben der

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

2015 bis 2021; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2015	2016	2017	2018	2019 ^P	2020 ^P	2021 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	60 405	60 888	61 564	62 344	62 830	63 306	63 523
Erwerbstätige Inland	43 122	43 655	44 248	44 854	45 247	45 398	45 515
Erwerbstätige Inländer	43 037	43 554	44 127	44 709	45 088	45 236	45 353
Selbständige	4 405	4 342	4 272	4 223	4 162	4 097	4 029
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	32	29	27	24	22	20	19
Arbeitnehmer	38 717	39 313	39 976	40 631	41 085	41 301	41 486
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30 823	31 508	32 234	32 964	33 487	33 797	34 074
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 856	4 804	4 742	4 671	4 583	4 447	4 297
Unterschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 631	3 577	3 517	3 286	3 192	3 177	3 159
darunter:							
Registrierte Arbeitslose Aktivierung und berufliche Eingliederung	2 795	2 691	2 533	2 340	2 271	2 288	2 277
Berufliche Weiterbildung	167	207	216	191	204	176	160
„Ein-Euro-Jobs“	166	168	169	166	180	191	202
Gründungszuschuss	87	80	80	72	75	77	77
Kurzarbeiter	26	24	23	21	20	19	18
Unterschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	130	128	114	118	128	131	130
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	6,4	6,1	5,7	5,2	5,0	5,0	4,9
Erwerbslosenquote ⁴	4,3	3,9	3,5	3,2	2,9	2,9	2,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Bundesagentur für Arbeit das Risiko für Beschäftigte, arbeitslos zu werden niedrig und die Chance für Arbeitslose eine Beschäftigung zu finden insgesamt hoch. In diesem Jahr dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 5,0% sinken. Vor dem Hintergrund der im weiteren Prognosezeitraum wieder anziehenden Konjunktur

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

dürfte die Arbeitslosigkeit insgesamt weiter abnehmen, zumal das Erwerbspersonenpotenzial langsamer steigt. Die Arbeitslosenquote wird 2020 jedoch auf dem Niveau von 5% bleiben, da die Dynamik sowie Sonderfaktoren⁷ aus diesem Jahr auf den Jahresdurchschnitt wirken. 2021 wird sie weiter auf 4,9% sinken.

Preisauftrieb lässt wieder nach

Die Inflationsrate ist im August auf 1,4% zurückgegangen, nachdem sie im Juli noch 1,7% betragen hatte. Maßgeblich für diese Abschwächung sind die zuletzt gesunkenen Preise für Energieträger; deren Abnahme um 0,6% dämpfte merklich die Teuerung insgesamt. Die Kerninflation, d.h. der Preisauftrieb ausschließlich Energie, lag zuletzt in etwa unverändert bei 1,6%.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine weitere Abkühlung des Preisauftriebs. Kurzfristig dürften die Energiepreise aufgrund von Basiseffekten negativ zur Inflation beitragen. Aber auch die Kerninflation wird aufgrund der sich fortsetzenden konjunkturellen Schwäche niedrig bleiben. Wir erwarten einen Preisauftrieb von 1,3% im Jahr 2020 nach 1,4% im Jahr 2019. Bei einer leichten konjunkturellen Belebung dürfte sich die Inflation im Jahr 2021 auf 1,5% beschleunigen. Die Kerninflation dürfte 1,5% im Jahr 2019, 1,3% im Jahr 2020 und 1,5% im Jahr 2021 betragen.

Zurückgehende Staatsüberschüsse bei expansiver Finanzpolitik

Aufgrund der konjunkturellen Schwäche werden die Staatsüberschüsse nach einem Rekord von gut 62 Mrd. Euro oder 1,9% des BIP im Vorjahr in den Jahren 2019 bis 2021 kontinuierlich zurückgehen. Gleichwohl werden die Finanzierungssalden mit knapp 52 Mrd. Euro in 2019, knapp 40 Mrd. Euro in 2020 und gut 23 Mrd. Euro in 2021 immer noch hoch ausfallen. Die Maastricht-Schuldenquote wird aller Voraussicht nach bereits dieses Jahr unter die Grenze von 60% des BIP fallen und 2021 rund 55% erreichen.

Ein wichtiger Grund für den prognostizierten Rückgang des Überschusses ist, dass aufgrund des sanfteren Anstiegs der Bruttolohnsumme die Einnahmen aus der Einkommensteuer und den Sozialbeiträgen langsamer steigen werden. Dies wird durch die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags 2021 verstärkt. Zudem dürfte sich die Verringerung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den Jahren 2018 und 2019 leicht verzögert negativ auf die Unternehmenssteuern auswirken. Auf der anderen Seite steigen die Staatsausgaben aufgrund der Maßnahmen der Großen Koalition im Prognosezeitraum kräftig an.

⁷ Im Rahmen einer Prüfkaktion der Jobcenter im Frühjahr 2109 wurden deutlich mehr Leistungsempfänger im Rechtskreis des SGB II als arbeitslos eingestuft als zuvor.

Tabelle 5

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und Haushaltsentlastungen (+) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in Mrd. €

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Steuerliche Maßnahmen ²	-9,2	-9,1	-7,8
Ausweitung der Mautpflicht	1,7	0,0	0,0
Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	0,0	0,0	-9,8
Erhöhung Kindergeld zum 1.7. 2019 / 1.1. 2021	-0,5	-0,4	-1,4
Erhöhung Beitrag Pflegeversicherung um 0,5 %-Punkte	-1,0	-0,3	-0,2
Paritätische Zahlung des Zusatzbeitrag GKV 2019	0,9	-0,1	-0,4
Einnahmen der Sozialversicherung			
Erhöhung Beitragssatz Pflegeversicherung 2019 um 0,5 %-Punkte	6,6	0,2	0,2
Ausweitung Übergangsbereich (vormals Gleitzone)	-0,2	-0,2	0,0
Senkung Arbeitslosenversicherungssatz 2019 um 0,5 %-Punkte	-5,6	-0,2	-0,2
Senkung Mindestbemessungsgrundlage für Selbständige bei GKV	-0,8	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Baukindergeld, Aufstockung Bafög	-0,4	-0,9	-0,1
Investive Maßnahmen ³	-2,7	-2,8	-2,8
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklung	-3,2	-1,0	2,0
Mehrpersonal innere Sicherheit	-0,3	-0,3	-0,3
Erhöhung Kindergeld und -zuschlag zum 1.7. 2019 und 1.1. 2021	-0,5	-0,4	-1,4
Eingliederung SGB2, Starke-Familien- und Bundesteilhabegesetz	-0,8	-1,0	0,0
Familiengeld und Kindergartenzuschuss Bayern	-0,4	-0,1	0,0
Aufstockung Parität Zusatzbeitrag zur GKV (öffentl. Beschäftigte)	-0,9	0,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung			
Mehrbelastung GRV durch Parität Beiträge GKV	-1,5	0,0	0,0
Angleichung Rentenwert Ost	-0,3	-0,5	-0,5
„Mütterrente II“	-3,7	-0,1	0,0
„Grundrente“	0,0	0,0	-3,8
Maßnahmen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ⁴	-2,4	-0,3	-1,0
Insgesamt	-25,2	-17,6	-27,4
In Relation zum nominalen BIP in Prozent	-0,7	-0,5	-0,8

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWIs - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ² U.a. Verschiebung Tarifeckwerte 2019/2020/2021, Forschungszulagengesetz, Alterseinkünftegesetz, Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet. ³U.a. Breitbandausbau, Bahnnetz, Digitalpakt Schulen, Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Kinderbetreuung, Forschung. ⁴Strukturen Krankenhausversorgung, Stärkung Arzneimittelversorgung in GKV, Stärkung Gesundheitsförderung und der Prävention, Stärkung Hilfs- und Heilmittelversorgung, Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 5 zeigt die Budgetwirkung der diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Prognosezeitraum. In den Jahren 2019 und 2020 werden Einkommensteuertarif und Kinderfreibetrag an die Inflation angepasst. Zusammen mit anderen steuerlichen Maßnahmen, etwa dem Ansteigen der absetzbaren Vorsorgeaufwendungen durch das Alterseinkünftegesetz, führt dies in beiden Jahren zu Steuermindereinnahmen von je gut 9 Mrd. Euro. Zum 1. Juli 2019 wurde zudem das Kindergeld um 10 Euro erhöht. Da Kindergeld in den VGR teils als Steuer und teils als Sozialleistung gebucht wird, führt diese Erhöhung nicht nur zu Mehrausgaben, sondern auch zu Mindereinnahmen. Zusätzlich kommt es durch die Ausweitung der Mautpflicht zu Mehreinnahmen.

Zum 1. Januar dieses Jahres wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte gesenkt, wodurch die Einnahmen der Sozialversicherungen um 5,6 Mrd. Euro zurückgehen werden. Demgegenüber steht die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung. Während Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nur sehr begrenzt steuerlich absetzbar sind, sind Beiträge zur Pflegeversicherung vollständig absetzbar. Daher führt die Beitragserhöhung zu Steuermindereinnahmen von 1 Mrd. Dies wird von der Rückkehr zur paritätischen Zahlung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung ausgeglichen, welche den steuerlich absetzbaren Arbeitnehmerbeitrag senkt.

Schließlich wurde in diesem Jahr die Mindestbemessungsgrundlage für Selbständige in der Gesetzlichen Krankenversicherung deutlich gesenkt, so dass sich diese nun günstiger gesetzlich versichern können. Ohne Verhaltensanpassungen führt dies zu einem merklichen Rückgang der Beiträge zur Krankenversicherung. Die Einführung des Übergangsbereichs, der die Gleitzone (sogenannte Midijobs) ersetzt, führt im niedrigen Lohnbereich zu einem langsameren Anstieg der Arbeitnehmerbeiträge. Dies führt zu – recht geringen – Mindereinnahmen.

Bei den Ausgaben der Gebietskörperschaften wird der Mittelabfluss beim Baukindergeld 2019 voraussichtlich noch recht gering sein, aber in den kommenden Jahren zunehmen. Gleiches gilt für die Aufstockung des BAföG. Eine Reihe investiver Maßnahmen führt zu Ausgabensteigerungen von 2,7 Mrd. Euro im Jahr 2019 und in ähnlicher Höhe in den kommenden beiden Jahren. In diesem und im kommenden Jahr sind höhere Mittel für die Bereiche Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen, erstere dürften sich unter anderem im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen wiederfinden. Zudem soll in den drei Prognosejahren das Personal für innere Sicherheit kontinuierlich aufgebaut werden.

Die Erhöhung der Eingliederungstitel SGB II, eine Erhöhung des Kinderzuschlags, höhere Ausgaben zur Ermöglichung der Bildungsteilhabe im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes, Ausgabensteigerungen für Menschen mit Behinderung durch das

Bundesteilhabegesetz sowie das Familiengeld in Bayern führen in den Jahren 2019 und 2020 zu Steigerungen der monetären Sozialleistungen der Gebietskörperschaften. Die Rückkehr zum paritätischen Zusatzbeitrag zu Krankenversicherung wirkt sich auch auf die Ausgaben der Gebietskörperschaften aus, da sie den nun höheren Arbeitgeberbeitrag für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zahlen. Die Beitragsanpassungen der Beitragssätze zur Pflege- und Arbeitslosenversicherung heben sich, was das angeht, weitgehend auf.

Der paritätische Zusatzbeitrag führt schließlich auch zu Mehrausgaben der Rentenversicherung, die den „Arbeitgeberbeitrag“ zur Krankenversicherung für Rentenbezieher zahlt. Weitere Mehrausgaben für die Rentenversicherung ergeben sich durch die Angleichung des Rentenwerts für Ostdeutschland und die „Mütterrente II“. Verschiedene Maßnahmen im Bereich der gesundheitlichen Versorgung führen zu einem merklichen Anstieg der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen. In Summe führen diese Maßnahmen sowohl im Jahr 2019 als auch im Jahr 2020 zu einem deutlichen expansiven Impuls durch die Finanzpolitik.

Laut Koalitionsvertrag wird auch 2021 eine Inflationsanpassung des Einkommensteuertarifs stattfinden, zudem führt die steuerliche Förderung von Forschung durch das Forschungszulagengesetz zu geringeren Unternehmenssteuern. Außerdem werden der Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer um knapp 10 Mrd. Euro gesenkt und das Kindergeld um 15 Euro pro Monat erhöht. Die Rückkehr zur paritätischen Zahlung des Zusatzbeitrags macht sich nun steuerlich im Vorjahresvergleich durch Mindereinnahmen bemerkbar, da die Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags zu geringeren Einkünften aus Unternehmenssteuern führt. Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit werden laut aktuellem Finanzplan wieder abnehmen. Die Ausgaben im Rahmen der Maßnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung werden durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz noch einmal kräftig steigen. Die Gestaltung der „Grundrente“, die 2021 eingeführt werden soll, ist noch unsicher, für die Prognose gehen wir von einer Ausgabenerhöhung von 3,8 Mrd. Euro aus. In Summe ist der expansive Impuls im Jahr 2021 damit stärker als in den beiden Vorjahren.

Unsicherheit und Risiken

Die Prognose stellt die von uns für am wahrscheinlichsten erachtete Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2019 bis 2021 dar. Sie ist allerdings mit Unsicherheit behaftet und mit Risiken verbunden. Die allgemeine Unsicherheit veranschaulichen wir mit Hilfe von Prognosebändern, die aus den Fehlern vergangener Prognosen abgeleitet werden. Deren Breite hängt vor allem vom Prognosehorizont ab. Das 80%-Intervall für dieses Jahr reicht von 0,2% bis 0,7% (Schaubild 6). Für das

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

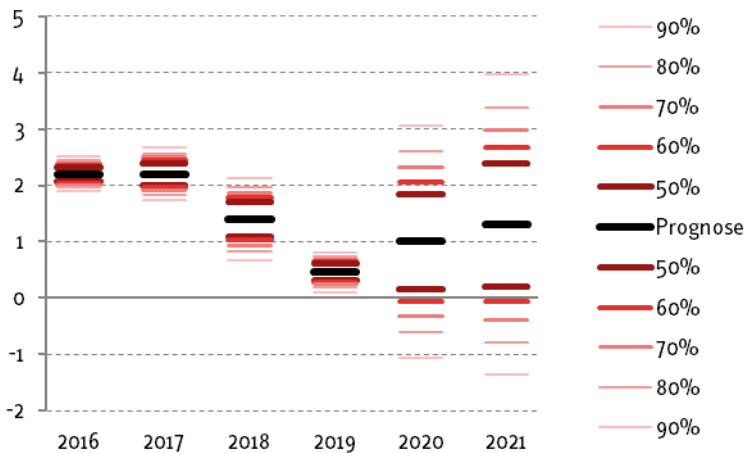
kommende Jahr ergibt sich ein Intervall, das einen Rückgang der Wirtschaftsleistung einschließt und von 2,6% bis -0,6% reicht. Für 2021 sind die Intervalle noch größer.

Zudem ist die Prognose mit speziellen Risiken behaftet. Insbesondere haben wir diesmal eine Annahme zum Brexit getroffen, da eine Wahrscheinlichkeitsaussage ausgesprochen schwierig ist. Viele Experten betrachten die Chancen eines harten Brexit sowie eines Ausscheidens Großbritanniens aus der EU mit Vertrag als nahezu ausgeglichen. Aus diesem Grund haben wir im Hauptszenario unterstellt, dass es zu keinem harten Brexit kommt und Großbritannien auf Basis eines Vertrages aus der Europäischen Union ausscheidet. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass die gesamtwirtschaftlichen Effekte deutlich gravierender sind als in dieser Prognose unterstellt, falls es Ende Oktober doch zu einem harten Brexit kommen sollte.

Schaubild 6

Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP

2016 bis 2021; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Vor 2019: Revisionsintervall.

Zudem ist unterstellt, dass der Rückgang der Produktion im Wesentlichen auf das Verarbeitende Gewerbe begrenzt bleibt. Auch in dieser Annahme verbergen sich Risiken für die Prognose, da eine Übertragung der Schwäche z.B. auf die Dienstleistungen deutlich stärker ausfallen könnte. Dies könnte etwa über Erwartungen geschehen.

Literatur

Acemoglu, D, V.M. Carvalho, A. Ozdaglar and A. Tahbaz-Salehi (2012), The Network Origins of Aggregate Fluctuations. *Econometrica* 80(5): 1977-2016.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. *Konjunkturbericht* 69 (4): 21-56.

Lucas, R.E. (1977), Understanding business cycles. Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 5: 7-29.

UN (2019), World Economic Situation and Prospects – Monthly Briefing 130, 1 September 2019.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2019; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 089,0	2 087,9	344,1	657,0	-
2 - Abschreibungen	615,7	350,7	78,4	186,5	-
3 = Nettowertschöpfung	2 473,4	1 737,2	265,7	470,5	-192,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 848,9	1 331,2	269,4	248,3	14,8
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	24,2	14,4	0,2	9,5	-
6 + Empf. s. Subventionen	28,9	27,1	0,2	1,7	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	629,3	418,6	-3,7	214,4	-207,5
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 849,8	-	-	1 849,8	13,9
9 - Gel. Subventionen	31,2	-	31,2	-	5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	366,1	-	366,1	-	7,3
11 - Gel. Vermögenseinkommen	656,5	608,1	28,4	20,0	204,4
12 + Empf. Vermögenseinkommen	756,3	366,8	21,3	368,3	104,6
13 = Primäreinkommen	2 913,7	177,3	323,9	2 412,5	-291,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	446,0	93,3	-	352,7	11,1
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	456,7	-	456,7	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	730,9	-	-	730,9	4,6
17 + Empf. Sozialbeiträge	732,5	135,7	596,0	0,8	3,0
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	612,8	66,4	545,6	0,8	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	605,5	-	-	605,5	7,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	351,9	186,1	78,2	87,7	54,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	304,7	170,3	24,0	110,4	101,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 871,5	137,6	776,8	1 957,0	-249,2
23 - Konsumausgaben	2 483,8	-	693,6	1 790,2	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-58,4	-	58,4	-
25 = Sparen	387,6	79,2	83,2	225,2	-249,2
26 - Gel. Vermögenstransfers	66,8	18,9	37,6	10,3	4,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	57,6	25,9	11,7	20,0	13,2
28 - Bruttoinvestitionen	754,0	441,1	84,8	228,2	-
29 + Abschreibungen	615,7	350,7	78,4	186,5	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-2,6	-2,1	-1,4	0,9	2,6
31 = Finanzierungssaldo	242,7	-1,9	52,3	192,3	-242,7
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 871,5	137,6	776,8	1 957,0	-249,2
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-440,4	440,4	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 871,5	137,6	336,4	2 397,4	-249,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

Hauptaggregate der Sektoren

2020; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 180,5	2 149,5	357,7	673,3	-
2 - Abschreibungen	622,4	355,4	82,0	184,9	-
3 = Nettowertschöpfung	2 558,1	1 794,1	275,7	488,3	-185,0
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 911,6	1 370,1	279,7	261,8	15,9
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	24,4	14,5	0,2	9,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	30,1	28,2	0,2	1,7	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	652,2	437,7	-4,0	218,5	-200,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 912,6	-	-	1 912,6	14,9
9 - Gel. Subventionen	32,5	-	32,5	-	5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	375,5	-	375,5	-	7,6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	676,2	628,5	27,1	20,6	210,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	779,0	389,4	21,8	367,9	107,7
13 = Primäreinkommen	3 010,5	198,6	333,6	2 478,4	-286,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	457,2	95,6	-	361,5	11,7
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	468,3	-	468,3	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	752,4	-	-	752,4	4,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	754,2	136,9	616,4	0,8	3,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	634,1	67,4	565,8	0,8	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	626,8	-	-	626,8	7,9
20 - Gel. s. lauf. Transfers	355,5	186,1	81,7	87,7	54,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	310,0	181,9	24,5	103,5	100,0
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 970,7	168,4	795,2	2 007,1	-246,7
23 - Konsumausgaben	2 553,0	-	721,0	1 832,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-57,0	-	57,0	-
25 = Sparen	417,7	111,3	74,3	232,1	-246,7
26 - Gel. Vermögenstransfers	69,6	19,4	39,5	10,6	4,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	60,4	27,6	12,1	20,6	13,3
28 - Bruttoinvestitionen	793,3	465,6	90,4	237,4	-
29 + Abschreibungen	622,4	355,4	82,0	184,9	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-2,6	-2,1	-1,4	0,9	2,6
31 = Finanzierungssaldo	240,2	11,5	40,0	188,7	-240,2
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 970,7	168,4	795,2	2 007,1	-246,7
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-453,9	453,9	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 970,7	168,4	341,3	2 461,0	-246,7

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2021; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 281,3	2 222,3	367,3	691,7	-
2 - Abschreibungen	631,2	360,2	85,8	185,2	-
3 = Nettowertschöpfung	2 650,1	1 862,1	281,5	506,5	-186,5
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 973,9	1 414,8	286,3	272,8	16,8
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	27,6	17,5	0,1	9,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	31,3	29,4	0,2	1,7	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	679,8	459,1	-4,7	225,5	-203,3
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 975,0	-	-	1 975,0	15,7
9 - Gel. Subventionen	33,9	-	33,9	-	5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	384,0	-	384,0	-	7,8
11 - Gel. Vermögenseinkommen	696,5	649,0	26,3	21,2	216,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	802,4	414,6	22,3	365,5	111,0
13 = Primäreinkommen	3 110,7	224,7	341,3	2 544,8	-291,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	462,0	98,1	-	364,0	12,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	473,7	-	473,7	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	774,2	-	-	774,2	5,3
17 + Empf. Sozialbeiträge	776,3	138,2	637,2	0,8	3,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	659,0	68,5	589,7	0,8	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	651,5	-	-	651,5	8,0
20 - Gel. s. lauf. Transfers	358,1	186,1	84,4	87,7	54,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	315,9	192,3	25,5	98,0	96,7
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 074,8	202,6	803,7	2 068,5	-255,1
23 - Konsumausgaben	2 625,3	-	745,0	1 880,3	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-55,8	-	55,8	-
25 = Sparen	449,6	146,8	58,8	244,0	-255,1
26 - Gel. Vermögenstransfers	72,0	20,0	41,1	10,9	4,3
27 + Empf. Vermögenstransfers	62,9	29,0	12,6	21,3	13,4
28 - Bruttoinvestitionen	825,7	483,5	94,4	247,8	-
29 + Abschreibungen	631,2	360,2	85,8	185,2	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-2,6	-2,1	-1,4	0,9	2,6
31 = Finanzierungssaldo	248,6	34,6	23,2	190,8	-248,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 074,8	202,6	803,7	2 068,5	-255,1
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-467,3	467,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 074,8	202,6	336,4	2 535,8	-255,1

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,4	0,9	0,3	0,3	1,1	0,7	0,4	0,3
Arbeitsvolumen	1,3	0,8	0,8	0,3	0,7	0,8	0,5	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,1	- 0,1	0,4	0,1	- 0,3	0,1	0,2	0,7
Produktivität ¹	0,3	- 0,3	0,2	1,0	- 0,3	- 0,3	- 0,2	0,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,5	0,4	0,9	1,3	0,4	0,5	0,4	1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 409,3	2 483,8	2 553,0	2 625,3	1 212,7	1 271,1	1 249,3	1 303,7
Private Haushalte ²	1 743,7	1 790,2	1 832,0	1 880,3	876,1	914,1	898,5	933,5
Staat	665,6	693,6	721,0	745,0	336,7	357,0	350,8	370,2
Anlageinvestitionen	707,7	746,8	779,4	813,3	359,1	387,7	371,3	408,1
Bauten	344,3	373,8	398,0	420,1	180,1	193,8	190,6	207,4
Ausrüstungen	235,3	239,7	242,2	248,1	115,7	124,0	114,6	127,7
Sonstige Anlageinvestitionen	128,1	133,3	139,1	145,1	63,3	70,0	66,1	73,0
Vorratsveränderung ³	21,3	7,2	14,0	12,4	4,9	2,3	9,6	4,4
Inländische Verwendung	3 138,3	3 237,9	3 346,3	3 451,0	1 576,7	1 661,2	1 630,2	1 716,1
Außenbeitrag	206,1	192,7	185,0	186,5	110,1	82,6	102,8	82,2
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	6,2	5,6	5,2	5,1	6,5	4,7	5,9	4,6
Exporte	1 585,8	1 603,7	1 629,2	1 693,5	807,0	796,7	804,1	825,1
Importe	1 379,7	1 411,0	1 444,2	1 506,9	696,9	714,1	701,3	743,0
Bruttoinlandsprodukt	3 344,4	3 430,6	3 531,3	3 637,5	1 686,8	1 743,8	1 733,0	1 798,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,9	3,1	2,8	2,8	3,0	3,2	3,0	2,6
Private Haushalte ²	2,8	2,7	2,3	2,6	2,6	2,7	2,6	2,1
Staat	3,3	4,2	3,9	3,3	4,0	4,4	4,2	3,7
Anlageinvestitionen	6,3	5,5	4,4	4,4	6,4	4,8	3,4	5,2
Bauten	7,3	8,6	6,5	5,6	9,3	7,9	5,9	7,0
Ausrüstungen	4,9	1,9	1,1	2,4	3,0	0,8	- 1,0	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	5,9	4,1	4,3	4,3	4,5	3,6	4,4	4,3
Inländische Verwendung	4,1	3,2	3,3	3,1	3,4	2,9	3,4	3,3
Exporte	3,1	1,1	1,6	3,9	1,8	0,5	- 0,4	3,6
Importe	5,5	2,3	2,4	4,3	4,0	0,6	0,6	4,0
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,6	2,9	3,0	2,4	2,7	2,7	3,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 322,5	2 359,4	2 394,8	2 429,5	1 162,3	1 197,1	1 179,5	1 215,3
Private Haushalte ²	1 681,7	1 705,3	1 726,4	1 749,3	838,2	867,1	848,2	878,2
Staat	640,8	654,1	668,3	680,2	324,1	330,0	331,2	337,1
Anlageinvestitionen	666,6	684,2	696,6	709,7	330,6	353,6	333,5	363,2
Bauten	312,2	324,1	331,6	336,7	157,5	166,6	160,2	171,4
Ausrüstungen	231,4	233,8	235,1	239,8	112,7	121,0	111,0	124,1
Sonstige Anlageinvestitionen	123,2	126,2	129,6	133,0	60,2	65,9	61,9	67,7
Inländische Verwendung	3 017,7	3 058,2	3 112,3	3 158,7	1 499,5	1 558,7	1 523,7	1 588,6
Exporte	1 557,2	1 566,4	1 587,9	1 638,0	788,6	777,9	785,8	802,1
Importe	1 353,6	1 389,5	1 435,5	1 489,8	683,0	706,5	698,7	736,8
Bruttoinlandsprodukt	3 222,5	3 236,7	3 267,4	3 310,7	1 605,4	1 631,3	1 611,6	1 655,8

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,3	1,6	1,5	1,5	1,4	1,8	1,5	1,5
Private Haushalte ²	1,3	1,4	1,2	1,3	1,2	1,5	1,2	1,3
Staat	1,4	2,1	2,2	1,8	1,9	2,3	2,2	2,1
Anlageinvestitionen	3,5	2,6	1,8	1,9	3,3	2,0	0,9	2,7
Bauten	2,5	3,8	2,3	1,5	4,2	3,4	1,7	2,9
Ausrüstungen	4,4	1,0	0,6	2,0	2,1	0,1	- 1,5	2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,4	2,7	2,6	2,9	2,0	2,7	2,7
Inländische Verwendung	2,1	1,3	1,8	1,5	1,5	1,2	1,6	1,9
Exporte	2,1	0,6	1,4	3,2	0,6	0,5	- 0,4	3,1
Importe	3,6	2,7	3,3	3,8	3,0	2,3	2,3	4,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,4	0,9	1,3	0,4	0,5	0,4	1,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,5	1,2	1,1	1,3	1,4	1,1	1,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,8	2,1	1,7	1,5	2,1	2,1	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	2,7	2,8	2,5	2,4	3,0	2,7	2,5	2,5
Bauten	4,7	4,6	4,1	4,0	4,9	4,3	4,1	4,0
Ausrüstungen	0,5	0,8	0,5	0,4	0,9	0,8	0,6	0,4
Exporte	0,9	0,5	0,2	0,8	1,1	- 0,1	0,0	0,4
Importe	1,8	- 0,4	- 0,9	0,5	0,9	- 1,6	- 1,6	- 0,2
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,1	2,0	1,7	2,0	2,3	2,3	1,6

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 338,7	2 412,5	2 478,4	2 544,8	1 188,1	1 224,3	1 220,3	1 258,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	310,4	328,5	338,9	349,1	157,8	170,6	162,9	176,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 460,9	1 521,3	1 573,7	1 625,9	725,9	795,4	750,5	823,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	562,6	565,8	569,8	304,4	258,2	306,9	258,9
Primäreinkommen der übr. Sektoren	490,5	501,3	532,2	566,0	229,1	272,2	241,2	291,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 829,2	2 913,7	3 010,5	3 110,7	1 417,2	1 496,5	1 461,5	1 549,1
Abschreibungen	608,7	615,7	622,4	631,2	306,6	309,0	309,8	312,6
Bruttonationaleinkommen	3 437,9	3 529,4	3 632,9	3 741,9	1 723,9	1 805,5	1 771,2	1 861,7
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 503,1	2 578,9	2 667,6	2 760,7	1 249,5	1 329,4	1 289,5	1 378,1
Arbeitnehmerentgelt	1 771,3	1 849,8	1 912,6	1 975,0	883,7	966,1	913,4	999,2
Unternehmens- und Vermögenseink.	731,8	729,1	755,0	785,7	365,8	363,3	376,1	378,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,9	3,2	2,7	2,7	2,8	3,5	2,7	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	5,8	3,2	3,0	5,3	6,4	3,2	3,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,1	3,4	3,3	4,3	4,0	3,4	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,0	2,9	2,9	3,0	3,1	2,8	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	- 0,8	0,6	0,7	- 1,9	0,4	0,8	0,3
Primäreinkommen der übr. Sektoren	- 1,2	2,2	6,2	6,3	2,9	1,6	5,3	6,9
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,0	3,0	3,3	3,3	2,8	3,2	3,1	3,5
Abschreibungen	4,9	1,1	1,1	1,4	1,3	0,9	1,0	1,2
Bruttonationaleinkommen	3,3	2,7	2,9	3,0	2,5	2,8	2,7	3,1
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,0	3,0	3,4	3,5	2,8	3,2	3,2	3,7
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,4	3,4	3,3	4,5	4,4	3,4	3,4
Unternehmens- und Vermögenseink.	- 0,5	- 0,4	3,6	4,1	- 1,0	0,3	2,8	4,3

RWI Konjunkturbericht 70 (3)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 427,3	1 493,2	1 542,5	1 602,4	716,6	776,6	739,6	802,8
Nettolöhne und -gehälter	975,5	1 021,2	1 055,7	1 097,6	482,0	539,2	498,4	557,3
Monetäre Sozialleistungen	579,4	605,5	626,8	651,5	300,8	304,8	311,6	315,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	127,5	133,6	140,0	146,7	66,2	67,4	70,4	69,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	562,6	565,8	569,8	304,4	258,2	306,9	258,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 96,3	- 98,8	- 101,2	- 103,7	- 49,5	- 49,3	- 46,5	- 54,7
Verfügbares Einkommen	1 898,5	1 957,0	2 007,1	2 068,5	971,5	985,6	1 000,0	1 007,1
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	59,7	58,4	57,0	55,8	29,4	29,0	27,8	29,3
Konsumausgaben	1 743,7	1 790,2	1 832,0	1 880,3	876,1	914,1	898,5	933,5
Sparen	214,5	225,2	232,1	244,0	124,8	100,4	129,2	102,8
Sparquote (%) ⁶	11,0	11,2	11,2	11,5	12,5	9,9	12,6	9,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,6	3,3	3,9	4,5	4,7	3,2	3,4
Nettolöhne und -gehälter	4,7	4,7	3,4	4,0	4,8	4,6	3,4	3,4
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,5	3,5	4,0	4,2	4,8	3,6	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,5	4,8	4,8	4,8	4,7	4,8	6,3	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	- 0,8	0,6	0,7	- 1,9	0,4	0,8	0,3
Verfügbares Einkommen	3,5	3,1	2,6	3,1	2,7	3,4	2,9	2,2
Konsumausgaben	2,8	2,7	2,3	2,6	2,6	2,7	2,6	2,1
Sparen	8,6	5,0	3,0	5,1	3,2	7,4	3,6	2,4

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	800,9	822,7	843,8	857,7	415,4	407,3	425,8	418,1
Nettosozialbeiträge	572,5	596,0	616,4	637,2	289,2	306,8	299,0	317,4
Vermögenseinkommen	21,3	21,3	21,8	22,3	12,8	8,4	13,2	8,6
Sonstige Transfers	24,8	24,0	24,5	25,5	10,6	13,4	11,0	13,5
Vermögenstransfers	13,1	11,7	12,1	12,6	5,4	6,3	5,7	6,5
Verkäufe	120,2	125,7	129,8	134,0	58,4	67,3	60,3	69,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 552,9	1 601,5	1 648,7	1 689,6	791,8	809,7	815,0	833,7
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	455,6	475,5	493,3	511,8	229,8	245,7	239,5	253,8
Arbeitnehmerentgelt	259,3	269,4	279,7	286,3	128,7	140,7	133,1	146,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,7	28,4	27,1	26,3	14,5	14,0	13,9	13,3
Subventionen	29,6	31,2	32,5	33,9	14,9	16,3	15,5	17,0
Monetäre Sozialleistungen	520,2	545,6	565,8	589,7	270,9	274,6	281,4	284,5
Sonstige laufende Transfers	74,9	78,2	81,7	84,4	38,6	39,6	40,4	41,4
Vermögenstransfers	42,2	37,6	39,5	41,1	13,0	24,6	13,8	25,7
Bruttoinvestitionen	78,4	84,8	90,4	94,4	36,9	47,9	39,3	51,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögengsgütern	- 1,3	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 490,5	1 549,2	1 608,7	1 666,4	746,5	802,7	776,2	832,5
Finanzierungssaldo	62,4	52,3	40,0	23,2	45,3	7,0	38,8	1,2

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	4,5	2,7	2,6	1,6	2,8	2,7	2,5	2,6	
Nettosozialbeiträge	4,2	4,1	3,4	3,4	4,4	3,8	3,4	3,5	
Vermögenseinkommen	13,1	0,0	2,3	2,4	- 1,4	2,0	2,5	2,1	
Sonstige Transfers	13,2	- 3,1	2,0	4,2	- 8,5	1,6	4,2	0,3	
Vermögenstransfers	26,5	- 11,0	4,1	4,2	- 3,9	- 16,3	5,9	2,6	
Verkäufe	5,0	4,6	3,3	3,3	5,1	4,2	3,3	3,3	
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	4,8	3,1	2,9	2,5	3,2	3,0	2,9	3,0	
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	3,2	4,4	3,8	3,7	4,7	4,1	4,2	3,3	
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,9	3,8	2,4	3,5	4,3	3,4	4,2	
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 7,4	- 10,4	- 4,5	- 3,1	- 10,8	- 9,9	- 4,1	- 4,9	
Subventionen	6,0	5,6	4,3	4,3	7,0	4,3	4,2	4,3	
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,9	3,7	4,2	4,5	5,2	3,8	3,6	
Sonstige laufende Transfers	11,8	4,4	4,5	3,2	5,7	3,1	4,6	4,5	
Vermögenstransfers	- 3,9	- 11,0	5,1	4,0	0,3	- 16,0	6,5	4,3	
Bruttoinvestitionen	9,0	8,2	6,6	4,5	10,6	6,4	6,6	6,5	
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	3,4	3,9	3,8	3,6	4,3	3,6	4,0	3,7	

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.